

25X1

Page Denied

Bericht über die Entwicklung in der UdSSRJanuar 1955

Seite:

I. Die innere Lage und die wichtigsten Ereignisse in der UdSSR	1
1) Landwirtschaft	
a) Allgemeine Angaben	1
b) Bedeutende Reformen im Gebiet der Landwirtschaft	3
c) Vorbereitung zur Frühjahrssäaat	3
d) Viehzucht	4
e) Baumwollzucht	5
f) Aufbau eines Bewässerungssystems im Süden der Ukraine	5
g) Obst- und Gartenbau	6
h) Gleichgültigkeit und bewusste Sabotage unter den Kolchose-Bauern und den Sowchose-Arbeitern	7
i) Wesentliche Schlussfolgerungen	9
2) Ein neuer Feldzug ins Neuland	10
Versammlung der Komsomol-Mitglieder und der Jugend in Moskau	10
a) Durchführung der Maßnahme	12
b) Agitation für eine Umsiedlung ins Neuland "für Immer"	12
c) Feststellung der Mängel und Schwierigkeiten	13
d) Das taktische und strategische Moment	14
3) Industrie	16
4) Überweisung der Beschäftigten aus dem nichtproduzie- renden Bereich in den Bereich der Produktion von materiellen Werten	22
5) Berufliche Ausbildung	25
6) Angaben über materielle und geistige Verbesserungen im Leben der Sowjetbevölkerung	25
a) Produktionserhöhung bei Lebensmitteln und Massen- bedarfsgütern	25
b) Verbilligung und Vergrößerung des Wohnungsbau	26
c) Entstehen neuer Städte	27
d) Kreml	27
7) Ausbildung	29
8) Physische Erziehung und Sport	30

9) <u>Die Bevölkerungspolitik der Sowjetunion</u>	Seite: 31
10) <u>Einführung eines Feiertages: Lenins Geburtstag</u>	32
11) <u>Vorbereitung zu den Wahlen der Obersten Sowjets der Sowjetrepubliken</u>	32
12) <u>Die Partei</u>	34
a) Die unteren Parteiorganisationen	34
b) Die mittleren Kader der Partei	37
c) Die Spitze der Partei	38
13) <u>Einberufung der 2. Session (Tagung) des Obersten Sowjets der UdSSR</u>	40
 II. <u>Die Aussenpolitik der Sowjetführung</u>	41
1) Die Versuche der Sowjetführung, ihre "friedliebende Aussenpolitik" theoretisch zu untermauern	41
2) Massnahmen zur Erweiterung der friedlichen Ausnützung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken	43
3) Interview Malenkows über Fragen der internationalen Lage	45
4) Die Sowjetpolitik in der Deutschlandfrage	46
a) Die Note der Sowjetregierung an die Regierung von Frankreich vom 13.1.55	46
b) Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage	46
c) Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland	49
d) Führung der "DDR"	50
e) Die Stellungnahme der Sowjetpresse zu der Tätigkeit der SPD	52
5) Die sowjetische Skandinavien-Politik	53
6) Asiatisch-Afrikanische Separat-Politik	54
7) Beziehungen der Sowjetunion zu Japan	55
8) UdSSR - China	55

I. Die innere Lage und die wichtigsten Ereignisse in der UdSSR, sowie die Innenpolitik der sowjetischen Führung

1) Landwirtschaft:

a) Allgemeine Angaben

Im Leitartikel der "Prawda" (vom 14.1.1955): "Die aus dem Apparat freigegebenen Kader - auf zur Industrie und Landwirtschaft" wird eine Formulierung der Hauptaufgaben der sowjetischen Landwirtschaft gegeben:

"Die Hauptaufgabe der Landwirtschaft ist die allgemeine Erhöhung der Ertragsfähigkeit aller landwirtschaftlichen Kulturen, eine weitere Urbarmachung von Neu- und Brachland, Vergrösserung des Viehbestandes und Hebung seiner Produktivität."

In der Sowjetpresse erschienen Mitteilungen darüber, dass in vielen Kollektivwirtschaften (Kolchose) die Arbeit ausserordentlich schlecht geführt wird. Die Kolchose geben dem Staat wenig landwirtschaftliche Erzeugnisse, die Kolchosenbauern verdienen sehr wenig und die Stimmung dieser Bauern ist aphatisch, manchmal sogar mit einem Anflug von Feindseligkeit gegen Partei und Regierung.

"Doch zugleich mit vorbildlichen Kolchose gibt es auch Wirtschaften, wo der Ernteertrag gering ist und die gemeinschaftliche Viehzucht vernachlässigt ist."

(Leitartikel "Die Erfahrungen der vorbildlichen Arbeiter in die Kolchose und Sowchosen übertragen", "Prawda" 15.1.55)

In dem Artikel: "Den zurückbleibenden Kolchose - vorbildliche Kader" ("Prawda" 18.1.55) wird die Tatsache festgestellt, dass es "... in jedem Bezirk, sogar in einem vorbildlichen, zurückbleibende Kolchose gibt. Manche von ihnen erhalten durch Jahre hindurch nur ein sehr niedriges Einkommen, sie führen die Pläne bezüglich der Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an den Staat nicht aus und geben nur geringe Auszahlung und Vergütung für den Arbeitstag."

Zugleich mit den schlecht arbeitenden Kolchose gibt es in der Sowjetunion auch viele vorbildliche Kolchose, die viele landwirtschaftliche Erzeugnisse liefern und hohe Einnahmen haben. Grösstenteils haben diese Kolchose genau die gleichen Bedingungen wie die zurückbleibenden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der sowjetischen Landwirtschaft ist die Hebung und Nachziehung der zurückbleibenden Kolchose auf das Niveau

"Das Nachziehen der zurückbleibenden Kolchosen auf das Niveau der vorbildlichen, wirtschaftlich starken Arbeitsgenossenschaften, wird es gestatten, eine ungeheure Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten."

"Den zurückbleibenden Kolchosen - erfahrene vorbildliche Kader", "Prawda" 18.1.55)

"Die zurückbleibenden Kolchosen bis auf das Niveau der vorbildlichen hinaufziehen - das bedeutet, riesige Reserven in Bewegung zu setzen zur Erweiterung der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte in unserem Staate."

Im Leitartikel "Die Erfahrungen der vorbildlichen Arbeiter - in die Kolchosen und Sowchosen übertragen" ("Prawda", 15.1.55) wird auf die Notwendigkeit einer weiten Verbreitung der Erfahrungen vorbildlicher Landarbeiter und eines allseitigen Austauschs der Erfahrungen in der Landwirtschaft hingewiesen. Das ist der Weg, die Arbeit der zurückbleibenden Kolchosen zu verbessern.

Im dem Artikel: "Den zurückbleibenden Kolchosen - erfahrene Kader" ("Prawda" 18.1.55) wird ein weiterer Weg zur Verbesserung der Arbeit der zurückbleibenden Kolchosen gezeigt. Die Führung der Kolchosen soll durch Einsatz kenntnisreicher und geschäftstüchtiger Kader sowie durch die Belebung der Parteiarbeit in den Dörfern gefestigt werden.

Ein grosser Teil der Kolchosen-Vorsitzenden haben zurzeit nur niedrige und ungenügende Bildung. Solche Vorsitzende, die zwar ehrliche arbeitsame Menschen seien, könnten aus Mangel an Kenntnissen "mit den vielen Zweigen der Kolchosen-Produktion" nicht fertig werden.

Ein Weg zur Erhöhung der Produktivität der zurückbleibenden Kolchose in der Sowjetunion ist gegenwärtig auch die Einweisung von Angestellten aus dem administrativen Verwaltungsapparat in die Landwirtschaft und die "Rückkehr" von Kolchosebauern, die früher aus dem Dorfe in die Industrie abgewandert waren. Hiervon wird in dem grossen Artikel "Die Rückkehr" gesprochen. ("Prawda" 9.1.55) Die führenden Parteiorgane in den einzelnen Unionsrepubliken befassen sich öfteren mit der Landwirtschaft. Die Zentralkomitees der Unionsrepubliken führen nicht selten Plenarsitzungen durch,

die verschiedenen Fragen der Landwirtschaft gewidmet sind. Nach Mitteilungen der "Prawda" vom 10.1.55 hat das ZK der Kommunistischen Partei in der Bjelorussischen Republik zum Beispiel eine Reihe von Sitzungen durchgeführt, um sich mit der Entwicklung der Flachs- und Hanfzucht in diesem Gebiet zu befassen.

b) Bedeutende Reform auf dem Gebiet der Landwirtschaft

Die sowjetische Führung begann mit der Durchführung bedeutender Reformen auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Diese betreffen besonders die Ukraine und das Neuland, das urbar gemacht wird. Die Ukraine, die schon immer der eigentliche Raum für die Getreidezucht (Weizen) war, soll in der nächsten Zukunft auf die Zucht von Zuckerrüben, Mais und einer Reihe von anderen landwirtschaftlichen Kulturen umgestellt werden. Der wesentlichste Teil der Getreidezucht soll auf das urbar gemachte Neuland in Kasachstan und Sibirien verlegt werden.

"Im Zusammenhang mit der Urbarmachung des Neulandes und den Veränderungen in der Ukraine im Jahre 1955, werden sich die Anbauflächen für Zuckerrüben bedeutend vergrössern. Die ukrainischen landwirtschaftlichen Arbeiter sollen dem Staate mehr Zucker geben."

(Radjansko-Ukraina" v.7.1.55, Leitartikel "Für eine reiche Ernte")

Die sowjetische Führung beschloss auch, einen umfangreichen Anbau von Mais zu verordnen, der als "Getreide" zur Nahrung der Bevölkerung und als "grüne Masse" zum Füttern des Viehs verwendet werden soll.

"Es ist notwendig, energische Massnahmen zu ergreifen, damit im laufenden Jahre die Aussaat dieser wertvollen Futter- und Nahrungs-Kultur überall erweitert wird."

c) Vorbereitung zur Frühjahrssaußaat

Im ganzen Land wird eine eifrige Vorbereitung zur Frühjahrsbestellung durchgeführt. In den Kolchosen, Sowchosen und MTS beginnt ein Wettbewerb "Mustergültiger" Vorbereitung.

In der Sowjetpresse werden allerdings Verzögerungen bei der Reparatur von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen zugegeben.

- 4 -

Ungenügend vorbereitet sei das zur Aussaat benötigte Getreide. In manchen Gebieten

"wurde kaum mehr als die Hälfte der Saatmittel - Getreide, Kartoffeln und Gras - vorbereitet, um die Flächen zu bebauen."

(Mehr Sorge um die Saat! - "Prawda", 11.1.55)

d) Viehzucht

Die sowjetische Presse gibt in diesem Monat viele Hinweise auf die ungenügende Vorbereitung von Viehfutter für die Wintermonate, auf mögliche Verluste im Viehbestand und auf die Verringerung der Produktivität des Viehs.

In dem Artikel "Eine hohe Produktivität des Viehes in der Winterzeit ist sicherzustellen" ("Prawda", 12.1.55) wird als Beispiel das Gebiet Tambow angeführt. Es heisst in diesem Artikel:

"Das Vieh ist in vielen Kolchozen dieses Gebietes nicht durch eine genügende Menge von Futter für die ganze Überwinterung gesichert. Der Plan der Vorbereitung von grobem Futter wurde nur zu zwei Dritteln ausgeführt, von Silofutter zu 59 %."

"Die Kuhställe sind nicht erwärmt, die Fütterung der Tiere wird nicht richtig durchgeführt. Die Kühe erhalten grobes Futter, das vorher nicht zubereitet wurde."

"Die Beträge der ersten drei Monate des neuen Wirtschaftsjahres in der Viehzucht (vom 1. Okt. bis 1. Jan.) legen davon Zeugnis ab, dass in den Kolchozen dieses Gebiets die Produktivität des Milchviehs bedeutend gesunken ist."

Das Gebiet Tambow stellt nicht etwa eine besonders schlechte Ausnahme dar, sondern die angeführten Beispiele deuten auf ein unwirtschaftliches, uninteressiertes, passives Verhalten in der Kollektiv-Wirtschaft hin. Augenscheinlich besteht die gleiche oder eine annähernd ähnliche Lage in den meisten Gebieten der Sowjetunion.

In der "Prawda" vom 9.1.55 heisst es z.B., auch in der Burjat-Mongolischen Republik (Viehzucht-Gebiet der Sowjetunion) stelle die ungenügende Sicherstellung des Viehs mit Futter für den Winter ein ernstliches Hindernis bei der Verbesserung der Tierzucht dar.

Eine andere Frage der Viehzucht greift der Akademiker SKRJABIN in der "Prawda" vom 17.1.55 auf. Unter der Überschrift "Eine wichtige Bedingung bei der Entwicklung der Viehzucht" weist er auf die Bedeutung der veterinärmedizinischen Wissenschaft hin. Seine Ausführungen lassen vermuten, dass in der Sowjetunion viel Nutzvieh wegen mangelnder tierärztlicher Pflege an den verschiedensten Krankheiten eingeht. Deshalb erklärt SKRJABIN, die Anwendung der Veterinärmedizin sei dazu dienlich,

"die zahlenmässige Grösse des Viehbestandes aufrechtzuerhalten."

Im Jahre 1954 seien in der UdSSR viele neue Veterinär-Heilanstalten und Veterinär-Feldscher-Punkte eröffnet worden. Trotzdem sei die tierärztliche Fürsorge für das Vieh in der Sowjetunion noch ungenügend und werde auf den meisten Sowchosen und Kolchozen garnicht beachtet:

"Ihre (der Veterinärwissenschaft) Fortschritte bleiben in der Regel nach wie vor ein Eigentum der besten Kolchosen und Sowchosen."

In dem Artikel wird auf die Notwendigkeit der Durchführung einer umfassenden "prophylaktischen Schutzes der Tiere gegen Erkrankungen" hingewiesen. Das sei die wichtigste Bedingung zur Verbesserung der Tierzucht.

e) Baumwollzucht

Mit grossen Mängeln beim Baumwollanbau in Usbekistan befasst sich der "Prawda"-Leitartikel vom 15.1.55. Der durchschnittliche Hektarertrag sei in dieser Republik um 5 bis 6 % niedriger als im benachbarten Tadschikistan ausgefallen. Usbekistan konnte deshalb die staatlichen Ablieferungspläne nicht erfüllen. Während in Tadschikistan die Mehrzahl aller Arbeitsvorgänge bereits mechanisiert sei, wäre man in Usbekistan noch immer hauptsächlich auf die Arbeit der Hände angewiesen.

f) Aufbau eines Bewässerungssystems in der Süd-Ukraine

In der "Prawda" vom 14.1.55 wird über grosse Arbeiten berichtet, die im Süden der Ukraine durchgeführt werden (im Gebiet von Cherson, von Nikolajew, Saporoschje und auf der Krim). Es handelt sich um die Anlage eines Bewässerungssystems.

g) Obst- und Gartenbau

In dem Artikel "Zurückbleiben des Obst- und Gartenbaus in der Krim muss überwunden werden" ("Prawda", 15.1.55), wird festgestellt, dass in der Krim, dem wichtigsten Gebiet für Obst- und Gartenbau in der Ukraine, die Lage des Obst- und Gartenbaus von Jahr zu Jahr schlechter wird.

"Die Kolchose der Krim geben jedes Jahr dem Lande tausende von Zentnern Obst zu wenig. Die Gesamt-Obsternte im Jahre 1953 war im Vergleich zum Jahre 1940 um die Hälfte geringer."

"Der Plan der Obsternte und Ablieferung von Obst an den Staat durch die Kolchose des Gebiets wurde auch im vorigen Jahr nicht erfüllt."

"Von Jahr zu Jahr wird die Obsternte unentwegt geringer."

In den Obst-Sowchose stehen die Angelegenheiten auch sehr ungünstig.

Im gesamten Obst-Trust der Krim hat sich die Obsternte folgendermassen verringert:

Im Jahre 1948 betrug der Hektarertrag im Durchschnitt 115 Zentner
im Jahre 1950 betrug der Hektarertrag im Durchschnitt 70 "
im Jahre 1953 betrug der Hektarertrag im Durchschnitt 27 "
Außerdem hat sich in der Nachkriegszeit die Gesamtanbaufläche für Obst wesentlich verkleinert. Um die Ursachen für diese Entwicklung zu erkennen, muss man folgendes wissen: Die Krim ist durch ihre Klima- und Bodenverhältnisse zu einem hervorragenden Obstaugebiet geworden. Der Obstbau wurde vor allem durch die tatarische Urbevölkerung kultiviert und betrieben. So war diese Halbinsel bis zum Ende des 2. Weltkrieges eines der bedeutendsten Obst- und Weinlieferanten der UdSSR. Nach Kriegsende liess die Regierung jedoch die gesamte tatarische Bevölkerung als Strafe für ihr loyales Verhalten gegenüber der deutschen Besatzung nach dem Norden der UdSSR deportieren. Die Krim wurde auf administrativen Wege (MWD-Befehle) mit Umsiedlern aus Zentralrussland bevölkert. Ohne die erfahrene Pflege der eingeborenen Bevölkerung gehen jetzt die Plantagen, welche ständiger Pflege bedürfen, ein. Die nach der

- 7 -

Krim umgesiedelte Bevölkerung hat keine Erfahrung in der Pflege der Obstplantagen; da sie auf administrativem Wege umgesiedelt wurde, verhält sie sich auch gleichgültig und passiv zu einem so grossen Verfall des durch Jahrhunderte kultivierten Krim'schen Obstbaues.

h) Gleichgültigkeit und bewusste Sabotage unter den Kolchose-Bauern und den Sowchose-Arbeitern

Die Sowjetregierung hat ein wahrhaft unwahrscheinliches und für das sowjetische System furchtbare Dokument herausgegeben, das den Schlüssel zum Verständnis aller Geschehnisse im Gebiete der Landwirtschaft der Sowjetunion bildet. Es ist der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR "Über die Verantwortlichkeit für den Verderb der Saaten in den Kolchosen und Sowchosen".

Der Erlass beginnt mit folgenden Worten:

"Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR stellt fest, dass in letzter Zeit infolge der Nachlässigkeit der lokalen Behörden die Zerstörung der Kolchosen- und Sowchosensaaten grosse Verbreitung findet. Sie geschieht durch Vieh und Vögel, durch über die Felder fahrende Auto- und Pferdetransporte, durch die Beschädigung der Wiesen, Hüeuhaufen und der die Felder schützenden Waldanpflanzungen, durch Beschädigung der Obst-, Beeren- und anderen Anpflanzungen. Das fügt den Interessen der Kolchosen, Sowchosen und des Staates grossen Schaden zu."

Tatsachen, wie das Fahren über gepflügte und besäte Felder, das Abhauen von Obstbäumen, das Loslassen des eigenen Viehes auf die Wintersaaten, alles dies beweist die absolute Gleichgültigkeit der Kolchosen-Bauern und der Sowchosen- und MTS-Arbeiter gegenüber der Arbeit auf einem ihnen nicht gehörenden Boden. Offenbar geht diese Gleichgültigkeit überall aus dem passiven Stadium in das aktive Stadium der Sabotage über. Wenn man sich noch erklären kann, dass die Kolchosebauern das Vieh und das Geflügel, wegen Futtermangels, auf die bebauten Felder hinausjagen, so kann man aber das Fahren über die Saat oder das Abhauen von Obstbäumen und Beerensträuchern nicht anders als Sabotage-Handlungen bezeichnen. Offenbar ist das Fahren über die Saaten in den Kolchosen und Sowchosen eine so häufige Erscheinung geworden, dass in dem "Erlass" sogar die Höhe der Strafe für eine Fahrt über besäte Felder angegeben ist:

Auf einem Pferdefuhrwerk	50 Rubel
auf einem Auto, Traktor oder Combyner	100 "

Ferner kann man in dem "Ukas" (Erlass) eine vollkommene Bestätigung dessen finden, dass unter den Kolchose-Bauern und den Arbeitern der Sowchose und MTS tatsächlich Handlungen direkter Sabotage stattfinden.

Die sowjetischen Bürger - "anerkennen sogar in einzelnen Fällen die Notwendigkeit eines Verderbs (Vernichtung) der Wintersaat, auf diese Weise der Ernte dieser Kulturen grosse Schädigung verursachend."

"Für vorsätzliche Beschädigung der Saaten, sowie für vorsätzliche Beschädigung der die Felder schützenden Waldanpflanzungen, sowie der Obst- und Beeren und anderen Anpflanzungen, welche den Kolchose, Sowchose oder einer anderen staatlichen oder Gemeinschaftswirtschaftlichen Einrichtung grossen Schaden zugefügt hat, erhalten die schuldigen Personen eine Strafe in Form von Bosserungs-Strafarbeiten für die Frist von 6 Monaten bis zu 1 Jahr, oder sie erhalten Gefängnisstrafen für den Zeitraum von 1 - 2 Jahren."

"... das, was in mühevollen Anstrengungen von den Kolchlossen-Bauern und Arbeitern im Verlaufe längerer Zeit hergestellt wird, wird oft ungestraft vernichtet, und dagegen kämpft man garnicht an."

Die Herausgabe des "Erlasses" durch das Präsidium des Obersten Rates der UdSSR, d.h. also durch das höchste gesetzgebende Organ des Staates (und nicht durch eine Verordnung der Partei oder der Regierung) weist darauf hin, dass alle diese (für jeden beliebigen Staat) ganz missgestalteten Vorgänge gegenwärtig in der Sowjetunion sehr verbreitet sind.

Augenscheinlich findet man ein solches Verhalten nicht nur unter der Bauernschaft, sondern sogar unter der örtlichen landwirtschaftlichen Führung. In dem Erlass heisst es, dass

"ein verbrecherisches Verhalten einzelner Bürger und amtlicher Personen"

vorkommt.

Der Erlass bringt eine genaue Festsetzung der Strafen für die verschiedenen Vergehen, die der Landwirtschaft Schaden zufügen. Die

- 9 -

sowjetische Führung, die im "Erlass" das Element Sabotage tatsächlich feststellt, scheint es trotzdem nicht als politisches Vergehen ahnden zu wollen und setzt verhältnismässig niedrige Strafen fest, die nicht mit denjenigen zu Stalins Zeiten verglichen werden können.

Augenscheinlich entspringt diese "Milde" jedoch nicht irgendeiner liberalen Regung der Sowjetführer, sondern mehr einer gewissen Schwäche. Die Sowjetführung befürchtet, in einen allgemeinen Konflikt mit der Landbevölkerung verwickelt zu werden.

Offensichtlich ist jedoch, dass sich solche Erscheinungen auf dem Lande nur nach dem Tode Stalins und bei Wirksamkeit einer Reihe von Konzessionen entwickeln konnten. Dadurch ist die Furcht vor der Allmacht und den Strafmöglichkeiten der Sowjetnacht möglich geworden.

i) Wesentliche Schlussfolgerungen

Der Erlass lässt darüber hinaus Rückschlüsse auf die Reformen in der Landwirtschaft zu. Das passive, gleichgültige Verhalten der Kolchosebauern sowie der MTS- und Sowchäsearbeiter, das in einigen Fällen bereits in offene Sabotage übergeht, zwingt die Sowjetführung u.a. dazu, die wichtige Getreideproduktion ins Neuland von und nach Sibirien zu verlegen.

Anscheinend sind die Widerstände der Landbevölkerung in der Ukraine am stärksten. Bereits 1954 sah sich die Sowjetregierung gezwungen, das Ablieferungssoll dieser Republik auf 224,6 Millionen Pud zu verringern. Offiziell versuchte man zwar, das mit "schlechten Witterungsverhältnissen" zu motivieren, jedoch war selbst nach Auskunft der Presse die Dürre nicht allein der ausschlaggebende Faktor. "nska Ukraina" z.B. schrieb im Leitartikel "Für eine reiche Ukraine" der am 7.1.55 veröffentlicht wurde:

"ahr, dass die südlichen Gebiete der Ukraine infolge 1954 eine geringere Ernte eingebracht haben, als im Fr vorwomit kann man denn die geringe Ernte in einer n des "Polessje" und Wolhyniens und in anderen der Republik erklären? Hier waren doch die

- 10 -

Witterungsverhältnisse günstig, es war genug Feuchtigkeit in dem Boden. Die vorbildlichen Kolchose dieser Gebiete haben eine gute Ernte erzielt."

Die eigentliche Antwort darauf ist, dass in der Ukraine das Verhalten der Landbevölkerung augenscheinlich schlechter war als in den anderen Teilen der Sowjetunion. Man kann vermuten, dass hierbei auch das Element des nationalen Widerstandes gegen das Sowjetsystem eine Rolle spielt. (Ein schlechter Ernteertrag in den westlichen Gebieten der Ukraine, unter günstigen Witterungsverhältnissen)

Die sowjetische Führung versucht vor allem zur Sicherung der Getreideerzeugung, im Neuland ein neues landwirtschaftliches System aufzubauen. In diesem System soll die Bauernschaft mit ihren jahrhundertealten Traditionen und Instinkten keinen Platz mehr haben. Daher wird zur ständigen Ansiedlung ins Neuland nur die Jugend aus der Industrie und aus der Armee geschickt. Im Neuland soll ein neuer Typus des landwirtschaftlichen Arbeiters geschaffen werden, welchem die angeborenen bäuerlichen Bestrebungen und Instinkte vollkommen fehlen. Andererseits soll die Landwirtschaft auf dem alten landwirtschaftlichen Boden, in erster Linie in der Ukraine, nach dem Prinzip der Massenerzeugung einzelner landwirtschaftlicher Kulturen umgebaut werden. (In der Ukraine: Zuckerrüben, Mais und Kleschtschewina (eine Öl enthaltende Pflanze)).

2) Ein neuer Feldzug ins Neuland

Am 7. 1. 1955 wurde im Moskauer "Grossen Theater d. UdSSR" eine feierliche Versammlung der Komsomol-Mitglieder und der Jugend durchgeführt, "welche den Wunsch aussprach, zur Urbarmachung des Neu- und Brachlandes zu fahren".

An der Kundgebung nahmen CHRUSCHTSCHEW und MALENKOW, Abgeordnete des Obersten Sowjets, die Führer des kommunistischen Jugendverbandes KOMSOMOL, Minister, Komsomol-Mitglieder und Jugendliche aus Moskau teil. Ferner waren Jugendliche und Komsomolzen aus dem Neuland gekommen.

CHRUSCHTSCHEW hielt eine Rede, MALENKOW war nur "symbolisch" anwesend.

Die Moskauer Versammlung der Komsomol-Mitglieder und der Jugend hat

- 11 -

"Resolution" an die Komsomol-Mitglieder und die Jugend der Sowjet-Union gerichtet. Darin wird festgestellt, dass

"In den Steppen neue bewohnte Ansiedlungen entstanden sind, mit Werkstätten, Klubs, Speisehäusern und Ladengeschäften."

Über die Ernte des vorigen Jahres wird eine entsprechende bescheidene Formulierung gegeben:

"Der Staat hat bereits die ersten Millionen Pud (Jedes Pud = 16 Kilogramm) guten Getreides vom Neuland erhalten."

Es wird darauf hingewiesen, dass, wenn die im Plan vorgesehenen 28-30 Millionen Hektar ausgesät sind,

"Die neuen Flächen zum mindesten 1,8 Milliarden Pud Getreide jährlich bringen werden." (= 28,8 Millionen Tonnen)

In der Resolution wird auf die Schwierigkeiten bei der Arbeit im Neuland hingewiesen:

"Wir wissen, dass wir auf unserem Wege auch Schwierigkeiten begegnen werden - wir fahren ja nicht zur Schwiegermutter zum Pfannkuchen-Essen,"

aber .

"das Neuland wird sich nur den Kühnen und Tüchtigen unterwerfen, die mit der Wissenschaft und Technik befreundet sind, nur dem, der jung und mutig ist, der sein heimatliches Land unendlich liebt."

In der Resolution ist ein besonderer Aufruf an die jungen Mädchen enthalten:

"An Euch richten wir das Wort, Ihr Mädchen! In den MTS und den neuen Sowchose braucht man auch Eure fürsorglichen und geschickten Hände. Stellt Euch mutiger in die Reihen der Freiwilligen, die ins Neuland fahren."

Junge Mädchen braucht man im Neuland nicht nur für spezielle Arbeiten, sondern besonders zur Gründung von Familien, für das Aufziehen eines neuen Geschlechtes landwirtschaftlicher Arbeiter, zur "Ssozialmachung" der Neuansiedler.

In der "Resolution" ist ein allgemeiner Aufruf an die Jugend enthalten:

"Die Sache der Partei, des Volkes - ist unsere Herzenssache. Macht Euch auf den Weg, liebe Freunde, ins Neuland! Auf Kameraden! In den Feldzug zur Urbarmachung des Neulandes!"

In der Rede CHRUSCHTSCHEWS, des I. Sekretärs des ZK der KPdSU, sind folgende wichtige Momente zu verzeichnen:

a) Durchführung der Massnahme

Es ist durchaus notwendig, eine Urbarmachung von 30 Millionen Neuland und nicht von 28 zu erreichen. Im diesem Jahre wäre die Komplettierung der Sowchose (Staatsgüter) und der MTS durch Jugend-Kader zu beenden. Dies bedeute eine grosse Beschleunigung und Organisierung eines Feldzuges, nicht aber eine allmähliche Umsiedlung eines ganzen Kontingents an Leuten.

Die Urbarmachung sieht eine Besiedlung von Ostsibirien, einschliesslich des Gebiets der östlichen Meeresküste (Primorskiy Krai) und der Insel Sachalin vor,

In diesem Jahr muss die Aussaat unbedingt 20 Millionen Hektar Land erfassen, im vorigen Jahre wurden über 3 Mill. Hektar gesät und über 17 Millionen Hektar zur Saat vorbereitet.

b) Agitation für eine Umsiedlung ins Neuland "für immer".

Aus dem Vortrag von CHRUSCHTSCHEW geht hervor, dass die Bevölkerung der Sowjetunion die Umsiedlung der Jugend ins Neuland einer Verbannung nach Sibirien gleichstellt.

"Und beschrieben wird es (Sibirien) meistens als ein Ort, wo die Menschen unter dem Zarismus ihre Strafen abbüsst. Unter den Eindruck dieser Beschreibung entsteht eine ganz falsche Vorstellung von diesen Gebiet-en."

CHRUSCHTSCHEW versuchte in seiner Rede die Herausnahme des größten Teiles der Getreidewirtschaft aus der Ukraine zu rechtfertigen, indem er versicherte, in Kasachstan und im Altai sei der Boden "bedeutend reicher als in der Ukraine" und, dass

"bedeutend mehr fruchtbare Land da ist als in der Ukraine".

Offenbar befürchten die Wissenschaftler eine ungenügende Menge von Niederschlägen in Kasachstan. CHRUSCHTSCHEW vergleicht dengegenüber wieder Kasachstan mit der Ukraine und erklärt, auch in der südlichen Ukraine kämen manchmal Dürren vor.

Bei seiner Agitation für den Plan der Urbarmachung von Neuland hebt Ch. weiter hervor, dass schon die zaristische Regierung ein Projekt für die Urbarmachung des Kasachstan'schen Bodens

- 13 -

vorbereitet habe, doch

"unter den Bedingungen der kapitalistischen Ordnung in Russland, konnte man die Leute nicht zu einer Urbarmachung des Neulandes bewegen."

In der Rede von CHRUSCHTSCHEW folgten noch solche Stellen wie:

"Im Krasnojarschen Gebiet ... hier gibt es ausgezeichneten Boden!"

"Und Wladiwostok? Das ist ein märchenhafter Ort! Eine sehr hübsche, auf Hügeln gelagerte Stadt, hier gibt es malerische Buchten und Inseln, mit dichten Grün bedeckt, eine herrliche Natur! Und was für eine Sonne! Das Gras wächst wie in den Dschungeln."

"Und Sachalin? Das ist auch ein sehr malerisches und fruchtbares Land!"

In seiner Rede enthüllt Ch., ohne es zu wollen, den wahren Grund der Durchführung der Versammlung. Er hebt hervor, dass es der Jugend leichter falle, mit der Jugend zu sprechen. Außerdem sei es erfolgversprechender, junge Menschen zu diesem Feldzug ins Neuland aufzurufen.

o) Feststellung der Mängel und Schwierigkeiten

CHRUSCHTSCHEW bestätigt, dass die Briefe aus dem Neuland auch negativen Inhalts waren:

"Es ist wahr, dass die Briefe dem Inhalte nach verschieden waren, es waren auch einige weinerliche darunter, das muss man erwähnen."

CHRUSCHTSCHEW spricht darüber, dass viele Schwierigkeiten die Jugend erwartet, die ins Neuland fährt.

"Ihr wisst, dass viele an einen leeren Platz kommen werden, wo noch keine Wohngelegenheiten geschaffen sind, wo es keine notwendigen Gebrauchsartikel gibt."

Er betonte, dass viele in Lehmhütten, mit der Erde als Fußboden wohnen werden, doch musste man ja auch während des letzten Krieges schlafen, wie es kam. Er fügte hinzu:

"Ich habe selbst irgend einmal in einer Saman (Lehm-)Hütte gelebt - im Winter ist es warm darin und im Sommer immer kühl. Darin besteht ihr Vorzug."

- 14 -

Er weist noch darauf hin, dass man sich folgendermassen zur der Urharmachung verhalten muss:

"Beharrlichkeit. Wenn es in einem Jahr nicht gelingt, ergibt dich nicht, kämpfe ein zweites Jahr, im dritten Jahr wird der Sieg gewiss sein."

In seiner Rede ist eine Drohung enthalten, die gleichzeitig eine gewisse Schwäche der sowjetischen Macht zum Ausdruck bringt. Er stellt die Möglichkeit einer Flucht aus dem Neuland fest und sogar nicht einfach eine Flucht in einen anderen Teil der Sowjet-Union, sondern die Rückkehr in die Hauptstadt Moskau:

"Und jemand kann wieder zurückrollen, nach Moskau. Nun, was ist dabei; begleitet haben wir euch mit Ehren, empfangen werden wir euch ohne Freude. Ja, wir werden euch schon ohne Ehren empfangen!"

d) Das taktische und strategische Moment

Aus der Rede CHRUSCHTSCHEWS klingt deutlich das Bestreben der Sowjetführung heraus, eine neue Generation im Neuland zu schaffen - eine sowjetische Nation (gemischt aus Russen, Ukrainern und Weissrussen) von Arbeitern - Erzeugern der Landwirtschaft.

Er betont die Notwendigkeit des Übertragens städtischer Kultur ins Neuland.

Er weist daraufhin, dass Eheschliessungen unter der verschickten Jugend sehr wünschenswert seien.

"Wir müssen fest sesshaft werden, ein für allemal! Daher ist es wünschenswert, dass ihr dort auch heiratet."

Er widmet den grössten Teil seiner Rede der Notwendigkeit, die Geburtenziffern zu erhöhen und macht es der Jugend zur Pflicht, nicht weniger als 3 Kinder in jeder Familie aufzuziehen.

Die durch die Politik und die Überbevölkerung Chinas bedingte strategische Notwendigkeit, die unbesiedelten Räume des sowjetischen Asiens urbar zu machen und sie zu europäisieren, wurde auch in der Rede CHRUSCHTSCHEWS wieder gespiegelt.

"Mit einem Wort, wir müssen im Osten rascher den leerstehenden Boden urbar machen, auf diesem Lande fest sesshaft werden."

- 15 -

Bei seiner Ansprache auf der Moskauer Versammlung hat SCHELEPIN (Sekretär des ZK der kommunistischen Jugend) festgestellt, dass gegenwärtig die Werbung und Entsendung von weiteren 100.000 Komsomol-Mitgliedern und Jugendlichen durchgeführt wird.

In Leitartikel "Gute Reise, ihr jungen Patrioten!" ("Prawda", 8.1.55) werden die Moskauer Versammlung, ihre Resolution und die Rede von CHRUSCHTSCHEW kommentiert.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf dem Neuland 280 - 300 neue Sowchosen geschaffen werden. Ins Neuland werden in diesem Jahr 98 Tausend Traktoren und 26 Tausend Getreide-Combynes zu den Erntearbeiten gesandt.

Bei der Analyse dieser Nachricht ist zu beachten, dass im vorigen und in diesem Jahre nach der RSFSR, nach der Ukraine und Weißrussland keine Traktoren und Combynes geschickt wurden, sondern, dass sogar aus einer Reihe von Gebieten der bessere Teil des Maschinen-Traktoren-Parks ins Neuland übersandt wurde.

Unmittelbar nach der Versammlung in Moskau wurden weitere Versammlungen in den bedeutendsten Industriezentren und Hauptstädten der sowjetischen Republiken, in der RSFSR, in der Ukraine, Weißrußland und der Moldau-Republik abgehalten. Die Sowjetpresse ist voll von Mitteilungen über den Gang dieser Werbung und der Reise-Vorbereitungen der Komsomol-Mitglieder und der Jugendlichen ins Neuland. Ins Neuland werden zurzeit die Jugendlichen aus Industrie-Unternehmungen, handwerklichen Schulen, sowie die aus der Armee Entlassenen, doch keineswegs jugendliche Personen aus der Landwirtschaft geschickt. Die Mehrzahl dieser Jugendlichen ist mit den landwirtschaftlichen Arbeiten nicht vertraut. Die Jugend, die zu mechanischen Arbeiten gesandt wird, nimmt jeweils vorher an speziellen kurzfristigen Kursen teil.

3) Industrie

Aufgrund einer Analyse der sowjetischen Volkswirtschaft während der letzten Jahre kann man zu der Schlussfolgerung kommen, dass es in der UdSSR außerordentlich schwierig ist, gleichzeitig und gleichmäßig sowohl die Schwer- als auch die Leichtindustrie zu entwickeln. Im Jahre 1953 versuchte die sowjetische Regierung der Entwicklung der Leichtindustrie, die Konsumgüter herstellt, besonderen Nachdruck zu verleihen. In der Sowjetpresse wurde hervorgehoben, die allseitige Entwicklung der Schwerindustrie in den Vorjahren gestattet es jetzt, die Entwicklung der Leichtindustrie zu verstärken.

Im Jahre 1954 wird schon wieder hervorgehoben, die Leichtindustrie dürfe man nicht auf Kosten der Schwerindustrie entwickeln; eine weitere Entwicklung und Festigung der Schwerindustrie sei durchaus erforderlich. Im Jahre 1954 versuchte man deshalb, die Leichtindustrie nach Möglichkeit zu entwickeln, ohne dabei eine Schwächung der Schwerindustrie zuzulassen.

Bei der Analyse der Sowjetpresse vom Januar 1955 kann man feststellen, dass in der sowjetischen Volkswirtschaft gegenwärtig wieder als Grundrichtung die Entwicklung und Stärkung der Schwerindustrie genommen wurde.

Dies wurde augenscheinlich durch eine gewisse Schwächung der Schwerindustrie, (in Verbindung mit den Versuchen, die Leichtindustrie zu verstärken) sowie durch die erfolglosen Bemühungen die Arbeitsproduktivität zu heben und natürlich auch durch die wachsende Bedürftigung eines möglichen bewaffneten Zusammenstosses mit dem Westen hervorgerufen.

"Die Schwerindustrie - das ist 'die Grundlage der Grundlagen' der sowjetischen Volkswirtschaft."

(Leitartikel der "Prawda": "Die Kandidaten des Volksblocks der Kommunisten und Parteilosen", 18.1.55)

"Die Richtung auf eine allgemeine Entwicklung der Schwerindustrie - dieser Grundlage der weiteren Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft und der Garantie für die Unantastbarkeit der Grenzen unserer Heimat."

(Der Leninismus - ist eine lebendige, lebensbejahende Lehre - , Leitartikel der "Prawda", vom 12.1.55)

- 17 -

"Ein Gegenstand der besonderen Sorge der kommunistischen Partei, der Sowjetregierung und unseres Volkes ist die Entwicklung der Schwerindustrie - , "der Grundlage der Grundlagen" der gesamten sozialistischen Wirtschaft."

("Dem Bau von Elektrostationen - die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes", Leitartikel der "Prawda", 16.1.55).

In dem Leitartikel: "Aus den Apparat freigegebene Kader - auf zur Industrie" ("Prawda", 14.1.55), werden die Grundaufgaben der sowjetischen Industrie folgendermassen formuliert:

"Im Gebiete der Industrie ist es erforderlich, eine unbedingte Erfüllung der Aufgaben von Seiten aller Branchen, jedes Unternehmens, jeden Baues, zu gewährleisten."

"Besondere Aufmerksamkeit soll der Erhöhung der Arbeitsproduktivität zugewandt werden."

Wie in der Landwirtschaft gegen ein gleichgültiges Verhalten zur Arbeit durch Kolchose-Bauern und Landarbeiter gekämpft werden muss, so muss die Sowjetführung auch in der Industrie ständig gegen eine Senkung der Arbeitsproduktivität kämpfen. Sie muss sich gegen die Nichterfüllung der arbeitsnormen durch die Arbeiter wenden, weil das die Nichterfüllung der staatlichen Aufgaben durch Fabriken, Trusts und ganze Industriezweige zur Folge hat.

"Die entscheidende Bedingung einer weiteren Hebung der Schwerindustrie ist die allgemeine Erhöhung der Arbeitsproduktivität."

"Um in grossem Massstab und ununterbrochen die Lieferung von neuen Maschinen und Geräten, von Waren für die Bevölkerung zu vergrössern, ist eine massenhafte, allgemeine Hebung der Arbeitsproduktivität erforderlich."

("Für eine massenhafte Hebung der Arbeitsproduktivität in der Industrie", "Kommunist" Nr. 1, Januar 1955).

In seinem Artikel macht der "Kommunist" zur Erreichung einer höheren Arbeitsproduktivität Vorschläge, die nicht neu sind: Es fordert die Qualifizierung der Arbeitskräfte, eine Ausbreitung der Neuerermethoden, die Hebung der Arbeitsdisziplin und die Verbesserung der Arbeitsorganisation. Im gleichen Zusammenhang spricht die "Prawda" vom 18.1.55 von der unabdingbaren "Notwendigkeit, dem Wachstum der Arbeitsproduktivität neue Wege zu bahnen". Nähere

- 18 -

Im Berichtsmonat gab die "Zentrale staatistische Verwaltung beim Ministerrat der UdSSR" (ZSJ) einen "Bericht über das Resultat der Erfüllung des staatlichen Planes zur Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft im Jahre 1954" heraus. Darin wird mitgeteilt, daß mit Ausnahme der fleisch-, milch- und fischverarbeitenden Industrie sowie der Holzgewinnung alle übrigen Wirtschaftszweige den Plan mit 1 - 8 % übererfüllt hätten. Man kann jedoch voraussetzen, daß diese Information bewusst "frisiert" wurde. Augenscheinlich bemüht sich die sowjetische Führung, die objektiv ungünstige Lage vieler Industriezweige zu verschleiern, obwohl sie zu Ende des Jahres 54 gezwungen war, dort die Sollziffern herabzusetzen. Ähnlich wurde es ja auch (siehe dort) in der Landwirtschaft gemacht.

Diese Auffassung wird dadurch bestätigt, dass in folgenden Text des Berichtes Auskünfte gegeben werden, welche die angeblich so günstige Lage der Sowjetwirtschaft im Jahre 1954 sehr zweifelhaft erscheinen lassen:

"Bei der Ausführung des Produktionsplanes für die gesamte Industrie hat eine bedeutende Zahl der Werke, Fabriken, Schächte und Ölraffinerien die festgelegten Aufgaben nicht erfüllt."

"Jedoch haben einige Ministerien im Jahre 1954 die Erfüllung des Produktionsplanes einzelner Arten von Industrieerzeugnissen nicht erreicht. So hat z.B. das Ministerium für schwarze Metallurgie der UdSSR den Produktionsplan für Gusseisen und einige Legierungen nicht erfüllt. Auch das Ministerium für Buntmetalle hat nicht die im Plan festgelegte Erzeugung von einigen Buntmetallsorten erreichen können. Das Ministerium für Elektrotechnische Industrie hat den Plan in einigen elektrischen Ausstattungen, in Elektrolokomotiven und - Fahrzeugen nicht erfüllt. Das Ministerium für radiotechnische Industrie blieb in der Erzeugung von Fernsehapparaten zurück. Das Ministerium für schweren Maschinenbau erfüllte den Plan zur Herstellung von Dampfkesseln, grosser hydraulischer Turbinen und Ausrüstungen für metallformierende Arbeit nicht. Das Ministerium für Automobil, Traktoren und Landwirtschafts - Maschinenbau - konnte das Planziel für Getreide-Combines, Traktoren-Kultivatoren und komplizierter Dreschmaschinen nicht erreichen. Das Ministerium für den Bau von Werkbänken, Werkgestellen und für

- 19 -

instrumentale Industrie erfüllte den Plan der Produktion von grossen, schweren unikalen metallschneidenden Werkbänken nicht, das Ministerium für den Transport-Maschinenbau nicht den Plan für Güterwagen und metallformierende Ausrüstungen (prokatnoje oborudowanije). Das Ministerium für Maschinenbau und Gerätebau erfüllte nicht den Produktionsplan für chemische Ausstattungen und Ausrüstungen für Webstühle und Spinnerei-Maschinen. Das Ministerium der chemischen Industrie blieb bei der Herstellung von Karbid, Calcium und Kali-Düngemitteln zurück. Das Ministerium der Baumaterialien-Industrie der UdSSR erfüllte nicht den Plan in Ziegeln, Dachpappen, einigen sanitär-technischen Erzeugnissen. Das Ministerium der holzgewinnenden Industrie der UdSSR gewährleistete nicht die Planerfüllung bei der Ausfuhr von Bauholz, der Herstellung von Sägewerk-Erzeugnissen und von breitspurigen Eisenbahnschwellen. Das Ministerium der papier- und holzverarbeitenden Industrie erfüllte nicht den Plan für die Möbelherstellung. Das Ministerium für Lebensmittel der UdSSR erfüllte den Plan nicht bei der Zucker-Erzeugung. Das Ministerium für Fleisch- und Milchprodukte erfüllte nicht ganz den Plan in Fleisch und Butter, das Ministerium für Fischindustrie erfüllte den Plan für den Fischfang nicht."

In dem Bericht wird ausserdem noch auf einen bedeutenden Mangel der Industrie hingewiesen:

"Eine Reihe von Ministerien lässt eine für den Staat schädliche Methode der Arbeit zu, indem sie die Aufgaben für wenig erforderliche Erzeugnisse übermässig erfüllt, während sie den Plan der Erzeugung der wichtigsten Arten der Produktion unerfüllt lässt."

Eine Tabelle wird in diesem Bericht aufgeführt, die auf eine Produktionserhöhung bei vielen Waren der Schwer- und Leichtindustrie - in Vergleich zum Jahre 1953 - hinweist.

Die Aufzählung der Produktionsarten, bei denen der staatliche Plan übermässig erfüllt wurde, ist halb so lang als die eben angeführte Zusammenfassung der nicht erfüllten Positionen.

In der Liste der übermässigen Erfüllung nehmen die Ernährungs-

produkte und die Massenrauhauptschäfte Platz ein.

- 20 -

Im Jahre 1954 hat also die Schwerindustrie unter der Erweiterung der Leichtindustrie etwas gelitten. Wie weiter oben erwähnt wurde, macht sich mit dem Beginn dieses Jahres die Tendenz bemerkbar, alle Anstrengungen auf die Entwicklung der Schwerindustrie zu richten. Dieses wird sich zweifellos in der Verringerung des Entwicklungstempos der Leichtindustrie auswirken, da die sowjetische Volkswirtschaft nicht genügend Kraft und Elastizität besitzt, um gleichzeitig und aus voller Kraft die Leicht- und Schwerindustrie zu entwickeln. Bei der heutigen internationalen Lage sieht sich die Sowjetführung gezwungen, gerade das Tempo der Kriegsindustrie zu erhöhen.

Im Laufe dieses Monats wurden in der sowjetischen Presse eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die auf grosse Mängel in der Kohlenindustrie sowie in der schwarzen Metallurgie hinwiesen.

In Verbindung mit dieser Tendenz der Stärkung der Schwerindustrie, schenkt die sowjetische Führung dem Bau von grossen Hydro-Elektro-Stationen (GES) und dessen Beschleunigung besondere Aufmerksamkeit. In der "Prawda" vom 16.1.55 erschien ein Leitartikel "Dem Bau der Elektro-Stationen - die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes." In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, dass die wichtigste Bedingung zur Entwicklung der Schwerindustrie die Elektrifizierung des Landes ist, d.h. der beschleunigte Bau der vorgesehenen Elektrostationen. Die wichtigsten Bauten von Hydro-Elektro-Stationen in der Sowjetunion sind folgende:

A) Kuibyschewskaia GES an der Wolga, soll die Industrie Moskaus und des Moskauer Gebietes mit Strom versorgen. Das Jahr 1955 ist ein entscheidendes Jahr für den Bau dieser Station. Am Ende des Jahres müssen ihre ersten Aggregate Strom liefern.

B) Angarische GES in Ostsibirien, in der Nähe von Irkutsk. In Ostsibirien sind für die Zukunft grosse Industriebauten vorgesehen. Der Bau der GES Irkutsk ist nur der erste in diesem Zyklus.

"Ostsibirien ist ein Land von unerschöpflichen Naturschätzen: Steinkohle, Eisenerzen, Bauxit, Buntmetallen, Steinsalz, Kalksteinen, Gips. Die Vorräte an Holz belaufen sich hier auf Milliraden von Kubikmetern. Die Finanzierung und

wichtigsten staatlichen Aufgaben."

"Es wurde gerechnet, dass schon allein die hydro-elektrischen Bauten an dem Fluss Angara eine Kapazität von einigen 10 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie gewährleisten können."

("Der mächtige hydro-energetische Knoten auf Angara", "Prawda" 11.1.55)

- C) Kamskajo GES, an dem Flusse Kama
- B) Gorki's Hydro-Knoten an der Wolga
- E) Kachowskaja GES am Dnjepr muss in diesem Jahr, ein Jahr vor dem festgesetzten Termin, die 2 ersten Aggregate in Betrieb setzen.
- F) Dubossarskaja, GES.

Im Leitartikel wird darauf hingewiesen, dass der Bau der Hydro-Elektrostationen stark aufgehalten wird. Die Ministerien und die Werke für technische Ausstattung zögern die Belieferung der Neubauten hinaus.

Die Werke, die die technische Ausstattung für den Bau der GES anfertigen, werden wiederum selbst in ihrer Arbeit aufgehalten, weil sie das Rohmaterial von den Metallurgie-Betrieben nicht rechtzeitig erhalten.

"Die Ausführung einer Reihe von überaus verantwortlichen Arbeiten ist in unmittelbarer Abhängigkeit von der rechtzeitigen Lieferung der nötigen Ausrüstung."

"Die Erfüllung der Bestellungen für diese wichtigen Bauten muss als Ehrensache des Kollektivs jedes Betriebes gelten."
(Leitartikel "Prawda" vom 16.1.55)

In einer ganzen Reihe von Notizen und Mitteilungen der sowjetischen Presse wird vom eiligen Bau neuer Werke für Eisenbetonkonstruktionen gesprochen, die jetzt bei Bauten verwendet werden, und zwar sowohl bei Industriebauten als auch beim Wohnungsbau.

Eine Reihe weiterer Artikel wird der Notwendigkeit einer Verbesserung der Fisch- und Papierindustrie gewidmet,

4) Überweisung der Beschäftigten aus dem nichtproduzierenden Bereich in den Bereich der Produktion von materiellen Werten

Im Bericht der ZSU (Zentrale statistische Leitung), erschienen in der "Prawda" vom 21.1.55, wird darauf hingewiesen, dass

"die Anzahl der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft der UdSSR am Ende des Jahres 1954 etwa 47 Millionen beträgt und um 2 Millionen höher war als am Ende des Jahres 1953."

In der Sowjetunion wird zurzeit eine große Versetzungsaktion durchgeführt, bei der Funktionäre aus dem Verwaltungsapparat in die Industrie und Landwirtschaft überführt werden.

"Die in den Zweigen der nicht produzierenden Sphäre geleistete Arbeit ist zwar eine gemeinnützige Arbeit, die Grundlager zur Entwicklung der Gesellschaft ist jedoch die materielle Produktion. Der Aufbau des Kommunismus erfordert deshalb:

 eine weitere Vereinfachung des staatlichen Verwaltungsapparates;

 die Liquidierung unnützer Glieder des Apparates der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leitung;

 die Beseitigung unnützer Glieder bei der Verteilung von Produktionsmitteln und beim Warenumsatz,

 die Festsetzung eines richtigen Verhältnisses in der Verteilung von produktiver und administrativer Arbeit."

("Moskwin" in "Einige Fragen über die Herstellung der Balance der Volkswirtschaft", Ökonomische Fragen No. 2 Dezember 54).

In der Sowjetunion ist der Verwaltungsapparat noch immer übermäßig aufgebläht. Dagegen wird nun der Kampf immer schärfer geführt, in der Presse spiegelt sich das wie folgt:

"Den Rekord des Beamten- und Angestelltenüberschusses hält in Krasnowolsk das städtische Werk für alkoholfreie Getränke.

Wie eine (örtliche) Zeitung berichtete, treffen auf 5 Arbeiter auch 5 Verwaltungangestellte."

"Fast eine Viertel Million (Rubel) kostet den metallurgischen Werken der Alapaischen Betriebsgruppe die Beschäftigung völlig unnötiger Leute in den Kanzleien."

("Manipulationen in den Kanzleien", "Prawda", 11.1.55)

"In Glawstalingradstroj werden für 10 Baureviere eine Hauptverwaltung und drei Unterverwaltungen gebraucht, die eine administrative Belegschaft von 135 Leuten unterhalten und jährlich Löhne von 2.490.000 Rubel brauchen."

"Auf dem Bau des Senföl-Kombinats sind 150 Arbeiter beschäftigt, und die Zahl der Angestellten beträgt 43 Personen."

"... erfüllt sehr schlecht den Bau von Molkereien, besitzt 20 Beamte bei 43 Arbeitern, die Bauverwaltung "Gormestprop" hat 32 Beamte bei 50 Arbeitern."

(Die aufgequollenen Apparate der Bauunternehmen müssen gekürzt werden" , Leitartikel der "Prawda", 14.1.55)

Über ein Beispiel einer solchen Überführung wird aus Woroschilowograd (Donbecken) berichtet. 300 Ingenieure aus der Verwaltung "Woroschilowograd - Kohle" sind in die Schächte versetzt: "Als Leiter von mechanisierten Revieren, als Bergmeister und Mechaniker".

Die massenweise Versetzung von Angestellten und Beamten in die Industrie und Landwirtschaft hat eine Widerstandswelle hervorgerufen, deren Träger sowohl die Versetzten selbst, als auch die Leiter von Behörden sind. Diese haben das Bestreben, den früheren Arbeitsstil zu wahren, oder aber sie haben Mitleid mit den in Industrie und Landwirtschaft überwiesenen Leuten. Auf jeden Fall versuchen sie diese Forderung der Partei und der Regierung zu sabotieren. An vielen Orten werden die Beamten und Angestellten auf ihren früheren Posten belassen, doch offiziell werden sie als produzierende Arbeiter geführt.

Ein interessantes Bild wird in einem "Prawda"-Artikel vom 14.1.55 gegeben, der unter der Überschrift: "Die freigegebenen Kader - auf, in die Industrie und Landwirtschaft!" erschienen ist.

"In einer Reihe von Ministerien und Verwaltungen nimmt man zu vielen Listen Zuflucht, um der Kürzung des Beamten- und Angestelltenanteils aus dem Wege zu gehen."

"Man trifft Fälle, wo Organisations - und Betriebsleiter den Beamten neue Namen zulegen, um sie an ihren früheren Arbeitsplätzen halten zu können."

- 24 -

"Zugleich muss man bemerken, dass Ministerien und Verwaltungen die Belegschaftsorganisation nur sehr langsam durchführen, obgleich für manche von ihnen die von der Regierung gesetzten Fristen längst abgelaufen sind."

Eine Reihe von Behörden hat ihre Belegschaft auf Kosten nicht existierender Beamter, welche in den Plänen dieser Behörden als "Reserve" aufgeführt waren, gekürzt.

Eine weite Verbreitung hat auch die folgende Manipulation:
"Es gibt nicht wenig Fälle, wo diese Leute(reorganisierte Beamte) statt in die Industrie und die Landwirtschaft zu gehen , aus einem Verwaltungsapparat in den anderen übersiedeln."

"Aus dem Ministerium der Ölgewinnungsindustrie wurden 670 Leute entlassen, aber in die Industrie und Landwirtschaft kamen nur 66. Aus dem Ministerium des Automobil-, Traktoren- und Landwirtschaftsmaschinen-Baues waren 251 Personen entlassen , aber in die Industrie und Landwirtschaft kamen nur 19."

In dem Artikel wird darauf hingewiesen, dass
"solche Tatsachen nicht geduldet werden können! Die Partei- und Sowjet-Organisationen müssen die strengste Kontrolle darüber festsetzen, wie im wirklichen Leben die Ausnützung der aus dem Verwaltungsapparat freigegebenen Leute durchgeführt wird."

"Es ist erforderlich, in kurzer Frist die vorgesehenen Struktur-Vereinfachungen und die Kürzungen der Belegschaften aller Ministerien und Verwaltungen durchzuführen, in allen ihren Gliedern, - von oben bis unten."

"Die Parteiorganisationen müssen unentwegt die Richtlinien zur Vereinfachung und Verbilligung des administrativen Verwaltungsapparates einhalten."

Den Behörden und Verwaltungen wird empfohlen:

"Eine vollkommene Ausnützung aller Ressourcen anzustreben".

"... in wirtschaftlichster Weise jeden Kopeken des Volkes auszugeben; gegen Trägheit und Routine anzukämpfen;

schöpferische Initiative und alles Neue und Fortschrittliche

zu entwickeln; Kürzung der enorm grossen Schreiberei und der überflüssigen schriftlichen Rechenschaftsberichte, Verstärkung des lebendigen Bandes zwischen den sowjetischen Wirtschaftsorganen und den Betriebsstellen."

5) Berufliche Ausbildung

Im Bericht der "ZSU" wird darauf hingewiesen, dass in der Sowjet-Union

"... durch individuelle- und Gruppenlehrgänge sowie Fernunterricht im Jahre 1954 eine Erhöhung der Qualifizierung erreicht und die Ausbildung von 7 Millionen 700.000 Arbeitern und Angestellten durchgeführt wurde."

Davon sind allein 700.000 Jugendliche, die ihre Ausbildung in technischen Schulen aller Art, in Gewerbe- und Fachinstituten beendet haben. 390.000 davon wurden sofort als Mechaniker und technische Facharbeiter in die Landwirtschaft überwiesen.

In dem Artikel "Erziehung der jungen Generation der Arbeiterklasse" (Zeitschrift "Parteileben" No. 18) wird die grundlegende Aufgabe der Berufs- und Gewerbeschulen folgendermassen formuliert:

"Die Lehranstalten verwirklichen nicht nur die berufliche Ausbildung der jungen Arbeiter, sie sind auch dazu berufen, sie im Geiste der kommunistischen Moral und Sittlichkeit und zu strenger Einhaltung der Normen des sozialistischen Gemeinschaftslebens zu erziehen, bewusste, kultivierte, disziplinierte, aktive Baumeister des Kommunismus heranzubilden."

6) Einige Angaben über materielle und geistige Verbesserungen im Leben der Sowjetbevölkerung

a) Produktionserhöhung bei Lebensmitteln und Massengebrauchsgütern

Im Bericht "ZSU" wird auf die Übererfüllung des staatlichen Planes in folgenden Artikeln hingewiesen:

"Baumwoll-, Leinen- und Seiden-Gewebe, Strumpfwaren, Leder- und Gummischuhe, Radioempfänger, Foto-Apparate, Pianos und Flügel, Margarine, Konditorei- und Teigwaren, Fleisch- und Fleisch-Gemüsekonserven, Wurstwaren, Tee, Traubenwein, Sekt, Zigaretten, Streichhölzer, Seife und andere Lebensmittel und Industriewaren."

In der "Prawda" vom 15.1.55 wird darüber berichtet, dass die grösste Zuckerfabrik in der Ukraine bei Perwomaisk, an den Ufern des südlichen Bugs in Betrieb genommen wurde. Die Leistungsfähigkeit des Werkes ist: 400 to Zucker in 24 Stunden. In demselben Bezirk wird eine Anlage zur Konservierung von Milch errichtet, die jährlich 20 Millionen Dosen abfüllen wird.

In Litauen ist eine neue Grossmolkerei in Warkal angelegt worden und eine wird noch in Dagda erbaut. In Litauen wird der Bau des grössten baltischen Kombinates für Milchkonserven und Lebensmittel-Konzentrate in Reseknen beendet.

b) Verbilligung und Vergrösserung des Wohnungsbau

"Die Kosten für den Wohnungsbau sind unentwegt herabzusetzen", fordert u.a. die "Prawda" am 15.1.55. Das Blatt gibt ein Bild der praktischen Methoden zur Verbilligung und Erweiterung des Wohnungsbau.

Die Hauptmethode zur Verbilligung und Beschleunigung desselben ist eine weitverbreitete Einführung von Eisenbeton-Konstruktionen, die den sonst notwendigen Aufwand an handwerklicher Arbeit verringern..

"Die Fertigsteile aus Eisenbeton verlangen nur ein Viertel der handwerklichen Arbeit, die bei Betonguss an Ort und Stelle notwendig ist. Sie erhöhen den Nutzeffekt der Montagegeräte auf das Doppelte und Dreifache. Sie geben gleichfalls die Möglichkeit eines verbreiteten Übergangs von Bauarbeiten zu Montagearbeiten, also zum einfachen Zusammensetzen von Blöcken und anderen Fertigteilen, die in Fabriken hergestellt werden."

Beim Bau von Wohnhäusern wird verlangt, sie ohne überflüssige und stilllose Verzierungen und nach Standardvorlagen zu errichten. Als Beispiel unrichtiger Arbeit wird der Bau eines Hauses im Makejewka angeführt, für welches ein Turm mit einer 15 m langen Spitze aus rostfreiem Stahl projektiert war. Die Kosten für den Bau dieses Turmes und die Spitze, die für niemanden von Nutzen sind, waren nur um ein wenig billiger als das ganze 4-stöckige Haus.

Es wird die überaus wichtige Aufgabe gestellt: Den Preis für den

Bau eines Quadratmeters Wohnfläche auf 200-300 Rubel zu verbilligen. Diese Verbilligung wird erzielt: Durch die Verringerung der handwerklichen Arbeit, Ausnützung der Maschinen und Geräte und die Verbilligung der gelieferten Baumaterialien.

"Bei den in unserem Lande bestehenden Maßstäben im Bauwesen wird dies die Einsparung einiger Milliarden Rubel im Jahr gestatten, für die man ergänzungsweise viele Tausende von Wohnungen für die sowjetischen Menschen bauen kann. Das ist die ständige Sorge der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung."

c) Entstehen neuer Städte

In der "Prawda" vom 10.1.55 wird mitgeteilt, dass neue junge Städte im Ussurij'schen Küstengebiet im Fernen Osten entstehen. Diese Städte wachsen aus kleinen Arbeitersiedlungen. Dort entstanden bereits die Städte: Nachodka, Spask mit Zementwerken, Artem - die Stadt der Grubenarbeiter, Arsenjew, Lessosawodsk und andere mehr.

d) Kreml

Seit dem Tode Stalins ist der Kreml nicht mehr die Zitadelle der regierenden sowjetischen Spitze. Die Führer der Partei und der Regierung haben einer nach dem anderen ihre Wohnungen im Kreml verlassen.

Im Kreml werden die Sitzungen der sowjetischen Regierung, des Obersten Sowjets und alle grundlegenden Tagungen und Konferenzen durchgeführt. Trotzdem ist der Kreml jetzt für Besichtigungen durch die Sowjetbürger und ausländische Gäste freigegeben, die alle seine historischen und architektonischen Reichtümer betrachten können.

Ausserdem wird der "Große Palast" des Kreml als Vergnügungsstätte der Moskauer Jugend und überhaupt der gesamten Sowjetjugend zur Verfügung gestellt. Ab 31. Dezember 1954 finden dort ununterbrochen Festlichkeiten statt. Den Auftakt bildete die grosse Sylvesterfeier, an der neben CHRUSCHTSCHEW und MALENKOW die gesamte Sowjetprominenz teilnahmen.

- 28 -

Am morgen dieses Tages war für die Kinder eine Neujahrstanne aufgestellt worden. Unter ihr fanden ein Treffen der Pioniere (Kinderorganisation des Komsomol) sowie Schulfeste statt. Am Abend fanden Bälle, Kostümfeste und Tanzvergnügen für die Jugend und für ältere Schüler sowie die Studentenschaft statt.

(Die Bälle werden in den riesigen Georgijew'schen und Wladimir-schen Sälen des grossen Kreml-Palastes veranstaltet.)

Die Abende im Kreml sind zugleich mit einer Besichtigung des ganzen Kreml verbunden.

In der "Prawda" vom 17.1.55 wird mitgeteilt, dass allein im Laufe der ersten 16 Januartage im Kreml zur "Festlichkeit der Neujahrtanne" mehr als 100.000 Menschen im Kreml gewesen sind. Davon waren 80.000 Schüler. Bei den Feiern für die Jugend war der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets WOROSCHILOW manchmal anwesend. Während dieser Tage besuchten über 1300 ausländische Gäste aus England, Frankreich, Indien, Italien, Jugoslawien, den Vereinigten Staaten Amerikas, Finnland, dem Iran, dem Libanon, Kanada, Israel, Burma, Syrien, Schweiz, Pakistan, Afghanistan, Bolivien, Mexiko und Salvador die Festlichkeiten im Kreml, darunter 400 ausländische Kinder.

In der "Prawda" vom 18.1.55. wird über die Feier des Neujahrtannenbaumes im Kreml für die Arbeitsreserven (Schüler von Gewerbeschulen) berichtet. An den Feiern am Morgen und Abend nahmen 5000 Jugendliche teil. (Am 17.1.55).

"Voller Freunde tanzte und belustigte sich die Jugend im Grossen Palast des Kreml. An den Festkonzerten beteiligten sich Schauspieler der Moskauer Theater, Varietes, des Zirkus und der Philharmonie.

Die Schüler der Moskauer Arbeits-Reserven trafen sich an den Feiertagen mit ihren Altersgenossen aus Leningrad, der Ukraine, Georgiens, Nowosibirsk, Archangelsk, - aus vielen Republiken, Gebieten und Städten des Landes."

In der "Prawda" vom 24.1.55 erschien eine Mitteilung über das Treffen der Pioniere im Palast des Kremls und über den Ball der Studenten im Georgijewschen Saal am 23.1.55. Insgesamt nahmen

Die Sowjetführung will sich durch diese Feste die Sympathien der Bevölkerung und besonders der Jugend erobern. Nach fast 30 Jahren einer völligen Isolierung des Kreml wurde er mit allen seinen architektonischen Schönheiten und Reichtümern wieder dem Volke zurückgegeben. Ein junger Mann oder ein junges Mädchen, die einen Abend im Kreml getanzt haben, werden niemals diese Stunden vergessen. Der Wunsch, zu einem Fest im Kreml zu kommen, wird für die Jugend in allen Teilen der Sowjetunion ein Ansporn zu Erfolgen bei der Arbeit und beim Lernen sein.

7) Ausbildung

Im Bericht der "ZSU" werden Angaben über eine allgemeine bedeutende Erhöhung der Schülerzahl in Mittel- und Hochschulen (Universitäten) der Sowjetunion veröffentlicht.

"In den Hochschulen (einschliesslich der Fernlehrgänge) wurden 1 Million 732 Tausend Studenten ausgebildet, also um 170 Tausend mehr als im Jahre 1953. In den technischen und anderen mittleren Fachlehranstalten (einschliesslich des Fernstudiums) wurden etwa 1 Million 790.000 Schüler ausgebildet, oder um 144 Tausend mehr als im Jahre 53. Die Mittel- und Hochschulen für Fachausbildung haben im Jahre 1954 über 560.000 junge Fachkräfte (Spezialisten) aus ihren Räumen entlassen. Die Zahl der Aspiranten in den Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten hat sich ebenfalls erhöht.

Die Anzahl der Lernenden, die nicht von der Industrie oder Landwirtschaft abberufen wurden, betrug (in den Abendschulen und beim Fernstudium der höheren und mittleren Fachlehranstalten, der allgemein ausbildenden Schulen der arbeiter- und Dorfjugend) im Jahre 1954 3 Millionen Personen und hat sich im Vergleich zum Jahre 1953 um 8 % erhöht."

Über die zusätzliche Ausbildung der arbeitenden Jugend in ihrer Freizeit, erscheinen viele Berichte und Artikel in der sowjetischen Presse. Im Artikel "Stahl vom Amur" ("Prawda", 16.1.55) wird davon berichtet dass im Werke "Amur-Stahl" (in Ostsibirien) in der Stadt Komsomolsk, jeder dritte Arbeiter in seiner Freizeit lernt. Hier ist die Rede von allgemein bildendem Unterricht,

- 30 -

nicht vom politischen Ausbildung.)

8) Physische Erziehung und Sport

Mit dem Beginn dieses Jahres wurden in der Sowjetunion neue Prüfungsnormen für die Erreichung des Abzeichens: "Bereit zur Arbeit und Verteidigung" eingeführt. Die Anforderungen sind besonders, was den Sport anbelangt, erhöht worden und sollen sich den grossen Erfolgen der sowjetischen Sportler bei internationalen Wettbewerben annähern. Das Neue besteht darin, dass alle Leistungen nur in öffentlichen Wettbewerben auf ihre Erfüllung hin überprüft werden können. In früheren Jahren hatten die Sprtlehrer das Recht, die Prüfung "GTO" (für Körperkultur und Sport" zu jeder beliebigen Zeit und an jedem beliebigen Ort abzunehmen. Bei der neu eingeführten Prüfungsordnung schliesst es völlig aus, falsche Angaben und Erfolgsmeldungen herauszugeben.

In früheren Jahren waren die Lehrer gezwungen, fiktive Angaben über die Prüfungsergebnisse abzugeben, da die Nichterfüllung der ausserordentlich erhöhten Kontrollziffern ihre Entlassung zur Folge hatte.

Diese Neuerung wird ohne Zweifel die Resultate der sportlichen Erziehung in der UdSSR noch verbessern.

(Die Angaben über den neuen Komplex "GTO" sind dem Artikel "Die Komsomolmitglieder - die Anfeuerer zur sportlichen Arbeit", "Der Rote Stern" vom 4.1.55 entnommen.)

Auch die "Prawda" griff in diese Diskussion mit ihrem Artikel "Der Sportwinter" (9.1.55) ein. Sie verlangt die Vergrösserung der Massenbasis des Sowjetportes. Das ergäbe eine noch bessere Grundlage für die Spitzenleistungen der Meistersportler.

"Die Macht des sowjetischen Sportes liegt in seiner Breitenarbeit. Darin beruht die Grundlage der unantwegten Entwicklung der Meisterschaft unserer Sportsleute.

Die Entwicklung des Massensportes soll ein Gegenstand ständiger Sorge für die Parteiorgane bilden."

9) Die Bevölkerungspolitik der Sowjetunion

Der Sekretär des ZK der KPdSU CHRUSCHTSCHEW hat auf einer Versammlung der Moskauer Jugend am 7.1.55 einen Teil seiner Rede dem Geburtenproblem gewidmet und die Vergrösserung der Bevölkerung der UdSSR gefordert.

Indem er bemerkt, dass im Westen "menschenfresserische" Theorien über die Überbevölkerung existieren, wies er darauf hin, dass eine Zunahme der Geburten in der UdSSR wünschenswert und notwendig sei und betonte, dass jede Familie als Mindestzahl 3 Kinder haben solle.

Wörtlich sagte CHRUSCHTSCHEW:

"Wenn man zu den 200 Millionen noch 100 Millionen hinzufügen würde - auch dann wäre es noch wenig!

Wenn jede Familie nur 1 oder 2 Kinder haben wird, dann kann die Bevölkerung des Landes nicht anwachsen, sondern muss sich vermindern. Wir müssen aber an Weiterentwicklung der Gesellschaft denken. Deshalb sollte jede Familie wenigstens 3 Kinder haben und man soll sie gut erziehen!"

Als CHRUSCHTSCHEW über das in der UdSSR bestehende Steuer-Gesetz für die Junggesellen und Kinderlosen sprach, betonte er, dass er selbst es war, der seinerzeit Stalin die Einführung dieses Gesetzes vorgeschlagen hat. Er rief dabei den anwesenden MALENKOW als Zeugen an.

"Der Genosse Malenkow ist hier anwesend, er kann dies bestätigen."

Die Einführung dieses Gesetzes verteidigend, bemerkte er:

"Bei uns gibt es solche, welche entweder überhaupt nicht heiraten oder in der Ehe keine Kinder haben, wir wollen jetzt nicht untersuchen, aus welchen Gründen."

Doch die Leute werden älter, im Alter wird die Jugend für ihren Unterhalt arbeiten; daher ist es natürlich, dass sie bis zum Eintreffen des Alters Steuer zahlen müssen, aus der der Staat wieder den kinderreichen Müttern Hilfe zukommen lässt.

10) Einführung eines Feiertages: Lenins Geburstag

In der "Prawda" vom 11.1.55 ist eine Verordnung des ZK der KPdSU darüber erschienen, dass der Todestag Lenins, der in der Sowjetunion im Januar festlich begangen wurde, durch den feierlich-trauernden Charakter seiner Durchführung nicht dem Geiste des Leninismus entspricht. Das ZK hat deshalb angeordnet, das Andenken Lenins an seinem Geburstag, den 22. April zu feiern.

"Diesem Datum die Bedeutung eines Feiertages zu verleihen, wird mehr dem Geiste des Leninismus als seiner lebendigen, lebensbejahenden Lehre entsprechen."

Durch diese Anordnung betont das ZK den Unterschied in der Bedeutung der Verdienste Lenins und der Verdienste Stalins. Das ZK, das im vorigen Monat am Geburtstag Stalins in der sowjetischen Presse eine Reihe von Artikeln brachte, die ohne Übertreibung die Rolle Stalins und seine Verdienste schilderten, erhebt nur durch seine letzte Verordnung die Bedeutung Lenins auf eine bedeutend höhere Stufe.

11) Vorbereitung zu den Wahlen der Obersten Sowjets der Sowjetrepubliken

Im Januar ds. Js. beginnt in der Sowjetunion die Vorbereitung zu den Wahlen der Obersten Sowjets der Sowjetrepubliken und der örtlichen Sowjets. In der ersten Hälfte des Januars wurde überall unter Beteiligung der Militäreinheiten eine lebhafte instruktisch-propagandistische Aktion durchgeführt.

Die "Prawda" vom 18.1.55 berichte über den Beginn der Aufstellung von Kandidaten für die Obersten Sowjets der einzelnen Republiken. Im Artikel "Kandidaten des Volksblocks der Kommunisten und Parteilosen" wird auf eine Reihe von Prinzipien hingedeutet, die bei den Wahlen und der Kandidatenauswahl angewandt werden. Wie früher trete der Block aus Kommunisten und Parteilosen gemeinsam vor die Wähler, wobei schon die Vorbereitung der Wahlen

"die untrennbare moralische und politische Einheit des gesamten Sowjetvolkes"

beweise. Es zeigt sich die

"grosse Verbundenheit zwischen der Kommunistischen Partei, der Sowjetregierung und dem ganzen Volke",

heisst es weiter. Die Bevölkerung wird aufgefordert, nur

"die wahren Diener des Volkes, die durch ihre gesamte Arbeit und Wirksamkeit bewiesen haben, dass sie kein höheres Interesse als das des sozialistischen Staates, unseres grossen Volkes, haben"

zu wählen. Über die aufgestellten Kandidaten berichtet das Blatt sie seien

"die Führer der kommunistischen Partei und der Sowjetregierung, die Führer der republikanischen sowjetischen Organisationen und Parteiorganisationen, die vorbildlichen Arbeiter der Industrie und Landwirtschaft, hervorragende Männer der Wissenschaft und Kultur, Die Soldaten der Sowjetarmee und der Kriegsmarine."

"Unter den Kandidaten, die auf den vorbereitenden Wahlversammlungen der Arbeiter, der Kolchozenmitglieder, der Intelligenz aufgestellt waren, nehmen die Soldaten der sowjetischen Armee und der Kriegsmarine einen bedeutenden Platz ein."

In allen Zeitungen der Sowjetunion erscheinen Veröffentlichungen über den Verlauf der Aufstellung von Kandidaten in die Obersten Räte der Sowjetrepubliken.

Bei sämtlichen Kandidatenaufstellungen in allen sowjetischen Republiken stehen an erster Stelle in alphabetischer Reihenfolge 9 Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU, N.A. BULGANIN, K.E. WOROSCHILOW, L.M. KAGANOWITSCH, G.M. MALENKOW, A.J. MIKOJAN, W.M. MOLOTOW, M.G. PERWUCHIN, M.S. SABUROW, K.S. CHRUSCHTSCHEW. Diese 9 werden überall als Kandidaten für die Obersten Sowjets aller sowjetischen Republiken aufgestellt.

Nach der Aufzählung dieser "kollektiven Führung" werden einige Namen von Kandidaten aufgeführt, die "aus dem Volke" aufgestellt wurden. Das sind: Arbeiter und Arbeiterinnen, Traktorenführer, Leiter von landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen, Akademiker, Männer der Kunst, Soldaten und Offiziere der sowjetischen Armee.

In einigen Bekanntmachungen aus verschiedenen Unionsrepubliken befinden sich nach der "kollektiven Führung" die Namen des Führers der Sowjetgewerkschaften, SCHWERNIK, sowie die des ZK-

Sekretärs SCHATLIN, SUSSLOW und POSPELOW. Doch das ist nur in wenigen Republiken der Fall. Auch die KP-Funktionäre (Berufsfunktionäre) aus Bezirks- und Stadtleitungen sind fast überhaupt nicht aufgestellt worden. Gänzlich fehlen die Mitglieder der Zentralkomitees der einzelnen Republiken. Die einzige Ausnahme bildet der erste Sekretär des ZK der KP-Ukraine, KIRITSCHENKO, der zweimal als Kandidat des Obersten Sowjets der Ukrainischen Republik erwähnt wird.

Die Aufstellung aller Neun "in corpore" für alle Obersten Sowjets sämtlicher Unionsrepubliken bedeutet selbstverständlich nicht, dass die verschiedenen Nationen, aus denen die Bevölkerung der UdSSR besteht, überall und gleichmäßig von Sympathie zu ihnen erfüllt wäre und sie nach eigenen Willen und Wunsch wählen würde. Sogar zu Stalins Zeiten waren seine eigene Kandidatur und die seiner Mitarbeiter gleichmäßig in der Sowjetunion verteilt. Solch eine neue und merkwürdige Form der Kandidataufstellung weist darauf hin, dass die sowjetische Führung (die neun) bestrebt ist, ihre Nähe zu jedem Volke, zu jeder der Republiken der Sowjetunion zu zeigen. Sie strebt danach, die Obersten Sowjets aus Vertretern der Bevölkerung zu bilden, mit ihrer eigenen (anscheinend symbolischen) Teilnahme.

Das Fehlen der hohen Parteiführer aus den Unionsrepubliken auf den Kandidatenlisten ist ebenfalls ein Novum. Die oberste Führung der Sowjetunion (also die "Neun") will zwischen sich - also der Zentralen Macht - und den Vertretern der Nationalitäten keine feste "vom Volke" gewählte örtliche Macht schaffen. Die Parteileitungen der Republiken sollen auf diese Weise daran gehindert werden, gesetzgebende Vertretungen der Unionsrepubliken zu werden. Sie sollen vielmehr ausschließlich Vollstrecker des Willens der Zentralen Macht, des ZK der KPdSU, sein.

12) Die Partei

a) Die unteren Parteiorganisationen

Die Sowjetführung fährt damit fort, in den unteren Parteiorganisationen eine innenpolitische Demokratie einzuführen. Die Sowjetführung versucht auf jede Weise, die Aktivität der einfachen

Kommunisten zu erwecken, und sie allmählich daran zu gewöhnen, nicht nur Direktiven von oben auszuführen, sondern sachlich und auf kollektive Art alle Fragen des alltäglichen Lebens selbst zu besprechen und zu entscheiden.

In Artikel von Schitarew "Der schöpferische Charakter der Parteiarbeiter" (Der Kommunist No. 17, Dez. 1954), werden folgende Hauptaufgaben für die Entwicklung der unteren Parteiorganisationen gestellt:

"Die allmächtige Entwicklung der Aktivität der Kommunisten, kollektive Besprechung und Entscheidung von Fragen."

Zu diesen Fragen schrieb auch P. KAMAROW in der Zeitschrift "Das Parteileben" (No. 17.12.54) einen interessanten Artikel.

Von den Kommunisten, meint er, müsse mehr verlangt werden, als von den Parteilosen. Deswegen müssten die Parteimitglieder

"im Geiste der strengen Befolgung des Parteistatuts, im Geiste der Unzulässigkeit gegen alle Abweichungen von Normen der Parteidisziplin und der kommunistischen Moral in der Arbeit oder in persönlichen Beiträgen"

erzogen werden. Weiter führ Kamarow aus:

"Doch hohe Anforderungen sind in der Partei immer mit Feinfühligkeit und Aufmerksamkeit gegenüber den Kommunisten, mit der Sorge um ihre Erziehung, verbunden."

Das eigentliche grundlegende Leitmotiv des Artikels ist, dass die soziale Abstammung nicht mehr der Maßstab der Tauglichkeit des einen oder anderen Parteiarbeiters sein kann. Als These wird aufgestellt, dass in der Sowjetunion die Abstammung der Eltern oder die Vergehen von Verwandten keinesfalls das Leben und die Arbeit der Kommunisten, der Parteilosen, besonders der Jugend, belasten dürften.

"Wie kann man denn den Vertretern dieser Generation nur aus dem Grunde mit Misstrauen begegnen, dass ihre Verwandten in ihrer Vergangenheit irgendwelche Mängel hatten?"

"Warum sollen sie verantwortlich sein für die Vergehen ihrer Väter?"

Man müsse es als grossen Fehler erkennen, wenn im Verhalten zu einem Kommunisten

"seine individuellen Eigenschaften, seine Verdienste und Vorzüge nicht in Betracht gezogen werden, wenn man ihn nicht nach seinen

In dem Artikel wird davon gesprochen, dass Rückschlüsse aus der Partei oftmals nicht genügend begründet seien. Als Beispiel wird angeführt, dass der "Obkom" der Partei in Dagestan eine Kommunistin nur aus dem Grunde aus der Partei ausgeschlossen habe, weil sie einige Gegebenheiten aus der Biographie ihres Onkels verheimlicht hatte.

Auch in der Beurteilung des Verhaltens während des Krieges 1941/45 scheint man grosszügiger zu werden. Galt es bis jetzt als Todsünde, sich in jener Zeit ohne Parteiauftrag hinter den deutschen Linie befunden zu haben, greift KAMAROW die Dagestan'sche Parteiführung an, weil sie einen solchen Umstand benutzte, um einen Kommunisten aus der Partei zu werfen.

"... und dann, um allen Anschuldigungen Nachdruck zu verleihen, wurde noch eine unbegreifliche Beschuldigung hinzugefügt, nämlich der Aufenthalt im besetzten Gebiet."

In dem Artikel wird auf die Schädlichkeit von Denunziationen und Verleumdungen sowie von unbegründetem Misstrauen hingewiesen:

"Bei uns gibt es noch immer einzelne Ränkeschmiede (Prozessnacher) und Verleumder. In ihren teilweise anonymen, Denunziationen bemühen sie sich, die Tatsachen zu verdrehen und zu übertrieben oder sogar selbst Dinge zu erfinden, die darauf abzielen, ehrliche Arbeiter und manchmal sogar ganze Organisationen zu verleumden."

"Doch die hohen Anforderungen der politischen Wachsamkeit haben nichts gemein mit Verdächtigungen, mit allgemeinem Misstrauen gegenüber den Kommunisten."

In Laufe von Jahrzehnten führten Verdächtigungen, Misstrauen, dass Verheimlichungen von biografischen Angaben (der eigenen und der von Verwandten) usw. zum Scheitern von Karrieren und manchmal sogar zur Verbannung. Im Falle der Verhaftung von Verwandten war es selbst Parteimitgliedern unmöglich, sich bei einer solchen "unpassenden sozialen Abstammung" sein Leben einigermassen einzurichten. Diese ständigen Erscheinungen des sowjetischen Lebens machten es oftmals unerträglich.

Man kann annehmen, dass der Verzicht auf diese negativen Methoden jetzt nicht nur die Kommunisten allein betrifft, sondern sich auch auf die parteilose Bevölkerung erstreckt.

Diese neue Richtung ist eine der grössten Konzessionen, welche die Sowjetregierung während der letzten Monate gemacht hat und sie wird ohne Zweifel den moralischen Zustand und das Leben eines

b) Die mittleren Kader der Partei

Bei Durchführung innerparteilicher Reformen trifft der härteste Schlag die mittleren Kader der Partei. Sie müssen der absolute Vollzieher des obersten Willens sein, doch wird ihnen jetzt das frühere Recht genommen, ihrerseits unbeschränkt die unteren Kader der Partei zu kommandieren.

Die mittleren Kader müssen die unteren Schichten der Kommunisten leiten, indem sie steten Anteil an deren Arbeit nehmen, ihnen dabei helfen. Ihrerseits müssen die mittleren Funktionäre sogar ihre Arbeitsmethoden und selbst die politische Linie mit dem Kollektivwillen der unteren Parteischichten in Einklang bringen. Ein deutliches Beispiel für die Schwächung der Macht der mittleren Kader der Partei ist die Durchführung der Wahlvorbereitungen für die Obersten Sowjets der einzelnen Unionsrepubliken. Wie ersichtlich, werden nicht nur die mittleren Kader der Partei, sondern auch die führenden Schichten in den Unionsrepubliken auf die Rolle eifriger und genauer Vollzieher des Willens der zentralen Parteispitze beschränkt.

Der Artikel "Der schöpferische Charakter der Parteiarbeit" von SCHITARJEW ("Der Kommunist" No 17.12.54) dient der Rechtfertigung dieser innerparteilichen Umwälzungen. Er erklärt, "dass die Methoden und die Form der Parteiarbeit ununterbrochen geändert werden."

"Die Parteiarbeit hält mehr als jede andere Arbeit nicht an der Schablone und am Bürokratismus fest, sie kann nicht in ein für allemal festgesetzten Formen gepresst werden."

"Die Gestaltung der Organisation und die Arbeitsmethoden werden voll und ganz von den Besonderheiten der jeweiligen konkreten historischen Verhältnisse und jenen Aufgaben bestimmt, die sich aus diesen Verhältnissen unmittelbar ergeben."

Im Leitartikel der "Prawda" vom 11.1.55 wird über die Entlassung von Sekretären und Instrukteuren der Rayonkomitees, den Parteisekretären der MTS usw. aus ihren Ämtern gesprochen. Diesen mittleren Kadern der Partei wird der Vorwurf gemacht, die hätten selbst schlecht gearbeitet und schlechte Auswahl von neuen Partei-Kadern für die leitende Arbeit getroffen.

"Aus Rücksicht auf verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen nehmen sie die untauglichen Arbeiter unter ihren Schutz und schicken dieselben von einem Platz auf den anderen."

c) Die Spitze der Partei

Nach wie vor bemüht sich die Parteispitze damit, sich bei der Bevölkerung der UdSSR Sympathien und Autorität zu erringen. Durch ihre Teilnahme an Festlichkeiten und verschiedenen Zusammenkünften, durch die gemeinsame Feier des Neujahrs-Festes mit dem Volke usw. betont sie ihre "demokratische" Haltung.

Andererseits grenzt sie sich sehr scharf ab, indem die oberste Führung ihren Kreis selbst höchsten Regierungs- und Parteifunktionären verschließt. Die Zahl der Mitglieder des ZK, die am 6.3.53 auf zehn festgesetzt wurde, ist mit der Liquidierung BERIAS kleiner geworden. Trotzdem das dem damaligen ZK-Beschluss widerspricht, wurde niemand von den übrigen ZK-Mitgliedern in dieses Führungsgerium eingeführt. Nach aussen hin treten die neun Führer als festgefügte "kollektive Leitung" auf, wenngleich es innerhalb dieses Kreises so etwas wie eine "Demokratie" geben mag.

In der Zeitschrift "Slawiane" (Die Slawen) vom Dezember 1954 wird in dem Artikel "Der grosse Fortsetzer der Sache Lenins" darauf hingewiesen, dass sich neben Stalin besonders, DULGANIN, SHDANOW, SCHTSCHERBAKOW und CHRUSCHTSCHEW ausgezeichnet hätten. Diese Männer hätten unmittelbare militärische Arbeit geleistet und dafür gesorgt, dass sich im Kriege die Sowjetarmee gefestigt habe.

Diese Darstellung ist als ein versteckter Hieb gegen MALENKOW gedeutet worden. Denn es ist bekannt, dass auch CHRUSCHTSCHEW keinen unmittelbaren Anteil an der militärischen Arbeit im Kriege hatte, während SHDANOW und SCHTSCHERBAKOW sich in den Nachkriegsjahren dadurch auszeichneten, dass sie MALENKOW befehdeten. (Es gibt sogar Angaben, nach denen MALENKOW verantwortlich für den Tod SHDANOWS ist, den er als damals bedeutendste Persönlichkeit nach STALIN fürchtete.) Es muss auch noch hinzugefügt werden, daß MOLOTOW zu jener Zeit ein Freund SHDANOW war.

Bemerkenswert ist, dass alle 9 Mitglieder des ZK-Präsidiums sich "in corpore" in alle obersten Sowjets der Unionsrepubliken wählen lassen, und sich nicht etwa auf die einzelnen Republiken verteilten. Die Verteilung auf die verschiedensten Republiken würde die Möglichkeit heraufbeschwören, den inneren Machtkampf in den nationalen Bereich auszudehnen und einzelne Republiken gegeneinander auszu-

- 39 -

Das Ausscheiden MIKOJANS hat Anlass zu vielen Spekulationen über die "inneren Kämpfe" in der sowjetischen Führungsspitze gegeben.

Es gibt jedoch keine konkreten Angaben darüber, um mit Genauigkeit die Gründe seiner Entlassung und deren Folgen bestimmen zu können. MIKOJAN hat während der letzten Jahre seinen Einfluss in der regierenden Sowjetspitze verstärken können. Er gelangte in die oberste Fünfergruppe (MALENKOW, CHRUSTSCHEW, MOLOTOW, BULGANIN und MIKOJAN). In diesem Gremium war er verantwortlich für die Verbesserung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung der Sowjetunion. Der Kurswechsel, der in diesem Monat offensichtlich wurde, nämlich die erneute Betonung des Vorrangs der Schwerindustrie, kann auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führungsspitze hindeuten. Es war MALENKOW, der als erster die Notwendigkeit der Hebung der materiellen Lage der Bevölkerung proklamierte und der ein Anhänger der Erfüllung dieses Planes war.

Bei den Spekulationen über die Gründe des Rücktritts von MIKOJAN wurde allgemein unterstellt, dass MIKOJAN mit der Entscheidung, die Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie wieder zu forcieren, nicht einverstanden gewesen ist. Die Tatsache, dass MIKOJAN nach seinem Rücktritt als Minister weiterhin Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des ZK-Präsidiums geblieben ist, beweist jedoch, dass es sich um keine Führungskrise handelt. Weiterhin muß man hinzufügen, dass MIKOJAN zusammen mit BULGANIN und CHRUSCHTSCHEW im Herbst vergangenen Jahres nach China gefahren ist, um ein sowjetisch-chinesisches Übereinkommen abzuschließen; und im November vorigen Jahres fuhr er als Chef einer wichtigen diplomatischen Mission nach Finnland.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass MIKOJAN bald mit einer neuen wichtigen Exekutivfunktion betraut wird, wobei, wenn man schon über diese Dinge spekulieren will, man sagen könnte, dass eine Ablösung MOLOTOWS durch MIKOJAN denkbar ist.

c) Das Wesen der Innenpolitik der sowjetischen Führung

Eine Reihe von Massnahmen der sowjetischen Führung: Die Einführung eines gewissen Demokratismus in den unteren Schichten, eine Schwächung der Funktionen der Sicherheitsorgane im Staate, ein Verzicht auf Verfolgung wegen der Abstammung und wegen Verwahns der Ver-

wandten, ein Verzicht auf politische Verdächtigungen, die Versuche, die Freiheiten, die in der Verfassung der UdSSR festgelegt wurden, zu verwirklichen usw. usf. sind anscheinend kein Zeichen für die Demokratisierung der sowjetischen Ordnung, so wie sie im Westen aufgefasst wird. Das ist eher ein Versuch, die Taktik und Strategie des Aufbaues des Sozialismus und Kommunismus von "angeschwemmten" Elementen, die mit der Stalinschen Diktatur-Periode verbunden waren, zu reinigen.

Dieser Versuch bezweckt auch, durch eine Reihe von Konzessionen die breite Masse der Bevölkerung mit der Idee des Aufbaues der kommunistischen Gemeinschaft auszusöhnen und sie zu einem Kampfe zu deren Verwirklichung anzuspornen.

13) Einberufung der 2. Session (Tagung) des Obersten Sowjets UdSSR

In der "Prawda" vom 24.1.55 ist eine Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets UdSSR veröffentlicht, über die Einberufung der 2. Session des Obersten Sowjets von UdSSR zum 3. Februar 1955.

Die Einberufung der Sitzung 10 Tage vor deren Anfang, noch dazu über 2 Monate vor dem geplanten Termin, gibt Grund zu der Annahme, dass die Sitzung mit einer Reihe von wichtigen Sonderfragen zu tun haben wird, so mit aussenpolitischen Fragen, die aufgrund der gegenwärtigen Konstellation verbindliche sowjetische Entscheidungen (z.B. in der Deutschlandfrage) notwendig machen.

III. Die Außenpolitik der Sowjetführung

1. Die Versuche der Sowjetführung, ihre "friedliebende Außenpolitik" theoretisch zu untermauern

Die sowjetische Außenpolitik ist gegenwärtig auf die Verhütung eines bewaffneten Konfliktes mit dem Westen gerichtet. Die Sowjetführung strebt nach einem Verbot der Atom- und Massenvernichtungswaffen sowie nach einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstung und der Streitkräfte. Dabei bemüht sich die Sowjetführung, die militärische Kampfbereitschaft des Westens mit allen Mitteln zu schwächen. Das findet seinen Ausdruck in den Versuchen, die Bildung einer kollektiven Verteidigungsgemeinschaft Westeuropas zu verhindern.

Die Friedensliebe der Sowjetführung ist nicht nur eine "vorteilhafte Propaganda". Die Bevölkerung Sowjetrusslands will keinen Krieg. Dem muss die Sowjetführung Rechnung tragen. Gleichzeitig weiss sie, dass bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes ein neuer Weltkrieg mit unvergleichlich grossem Risiko verbunden wäre.

Durch die Verwirklichung einer Friedenspolitik erobert sich die sowjetische Führung tatsächlich Autorität in der breiten Masse der Sowjetbevölkerung. In deft Innenpolitik bemüht sie sich dabei, vollkommen gemäss der kommunistischen Theorie "angeschwemmte Elemente" der Stalin-Epoche zu liquidieren. In der Außenpolitik hingegen hat sie diese Konzeption nicht. Denn die internationale kommunistische Politik musste ihrem Dogma gemäss auf die internationale proletarische Revolution abzielen, die auf dem Wege des Klassenkampfes und gewaltsamer Aktionen zu erreichen ist.

Jedoch ist von einer Anfeuerung des Klassenkampfes in den aussen- und innenpolitischen Erklärungen keine Rede mehr. Im Gegenteil - echtes nationales Gefühl und Patriotismus des Proletariats in allen Ländern wird als wirksamer Faktor der gegenwärtigen Epoche hervorgehoben.

Alle diese Fragen werden im Leitartikel der Zeitschrift "Der Kommunist" (No. 1, Januar 1955) "Die grosse Macht der internationalistischen Ideen Lenins" näher untersucht.

Dem Proletariat aller Länder wird empfohlen, seine Kräfte im Kampf gegen Aggression und Krieg, für die Bewahrung der souveränen Rechte seines Volkes und für den sozialen Fortschritt der ganzen Menschheit einzusetzen.

Diese Aufgaben stimmen vollkommen mit dem Geiste des proletarischen Internationalismus überein. Andererseits droht dem Proletariat aller Länder der Kosmopolitismus, der von den reaktionären Regierungskreisen der Vereinigten Staaten Amerikas in ihrem Bestreben, die souveränen Rechte der Nationalstaaten und ihrer einzelnen Völker zu liquidieren, ausgenutzt wird.

"Der echte Patriotismus ist tief verbunden mit dem proletarischen Internationalismus."

"Der Kosmopolitismus widerspricht den tiefsten Bestrebungen der Masse, ihrem echt nationalen Gefühl, ihrem Patriotismus, d.h. einem der wesentlichsten Faktoren der modernen Geschichte."

"Unter den derzeitigen Verhältnissen wird der Kosmopolitismus von der amerikanischen Reaktion als Waffe benutzt, um das nationale Staatstum der Völker, ihr souveränen Rechte, ihre Kultur zu liquidieren."

In dem Artikel wird folgende neue Formulierung des Begriffes "proletarischer Internationalismus" gegeben:

"Der proletarische Internationalismus unter den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen - das ist die Freundschaft der Völker innerhalb der sozialistischen Staaten, die brüderliche Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, die ein einziges Lager bilden, die Vereinigung der arbeitenden Klasse in allen Ländern in einem gemeinsamen Kampf gegen die Aggression und den Krieg, für die Freiheit und den sozialen Fortschritt der Menschheit."

Die kommunistische Rechtfertigung der heutigen sowjetischen Außenpolitik ist die These, dass der Kapitalismus-Imperialismus infolge der wirtschaftlichen Krisen und des proletarischen Kampfes für den "sozialen Fortschritt der Menschheit" (und nicht als Folge des Klassenkampfes gegen die "Bourgeoisie" und ihre Herrschaft), unweigerlich umkommen muss.

der sowjetischen politischen und militärischen Presse der letzten 2 Monate gewidmet. Um die Autorität der o.a. These zu verstärken und ihre Abweichung von den Prinzipien der Marxistisch-Leninistischen Lehre zu verschleiern, wird sie gegenwärtig ungeniert Lenin selbst zugeschrieben.

2) Massnahmen zur Erweiterung der friedlichen Ausnützung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken

In der "Prawda" vom 15.1.55 befindet sich eine "Mitteilung der TASS", in der gesagt wird, dass die sowjetische Führung bereit ist, die gesammelten Erfahrungen zur Ausnützung der Atomenergie und den "Bericht über die erste industrielle Atom-Elektrostation in UdSSR und ihre Arbeit" der internationalen Konferenz, die im Jahre 1955 einberufen wird, zu übergeben.

"Die sowjetische Führung, die die grosse Bedeutung der Ausnützung der Atom-Energie für friedliche Zwecke anerkennt und bestrebt ist, die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern, ist bereit, die entsprechenden wissenschaftlich-technischen Erfahrungen, die auf diesem Gebiet in der Sowjetunion gesammelt wurden, bekanntzugeben."

In dem Ausschuss, der sich mit der Einberufung von internationalen Konferenzen zur friedlichen Ausnützung der Atomenergie befasst, (am 17.1.55 begann er bei den UN in New York zu arbeiten), wurde als Vertreter der Sowjetunion der Akademiker SKOBELJZYN entsandt.

Am 18.1.55 veröffentlichte die "Prawda" einen Beschluss des Ministerrates der UdSSR, in dem anderen Ländern wissenschaftliche, technische und praktische Hilfe bei der Erforschung einer friedlichen Ausnutzbarkeit der Atomenergie zugesagt wird. Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

"Die Sowjetregierung misst der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke eine grosse Bedeutung zu. Sie hat daher den Beschluss gefasst, auch anderen Staaten wissenschaftliche, technische und praktische Hilfe bei der Errichtung von wissenschaftlichen Forschungsanlagen zur Entwicklung der Kernphysik und zur friedlichen Ausnutzung der Atomenergie zu leisten.

Die Sowjetregierung bietet der chinesischen Volksrepublik, der polnischen Volksrepublik, der tschechoslowakischen Volksrepu-

- 44 -

tischen Republik an, ihnen bei der Projektierung, der Lieferung und Ausstattung von Atomreaktoren mit einer Wärmestärke bis zu 5 000 KW allseitige Hilfe zu leisten. Die Zuteilung des notwendigen spaltbaren Materials für Atommeiler und für wissenschaftliche Forschungsarbeiten überhaupt ist vorgesehen. Dabei wird erwartet, dass die entsprechenden Länder der Sowjetunion Rohmaterialien zur Verfügung stellen.

Den Gelehrten und Ingenieuren dieser Staaten wird die Möglichkeit gegeben, sich mit den wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der Sowjetunion zur friedlichen Ausnutzung der Atomenergie sowie mit entsprechenden Atomreaktoren bekanntzumachen. Die Schaffung wissenschaftlicher Forschungsanlagen wird diesen Ländern die Möglichkeit einräumen, die Kernphysik zu entwickeln; in den Atommeilern genügende Mengen radioaktiver Isotope zur Verwendung in Medizin, Biologie und Technik zu erzeugen, sowie wissenschaftliche Fachkräfte zur selbständigen Fortführung dieser Arbeit auszubilden.

Die Sowjetunion untersucht gegenwärtig die Frage, ob sie den Kreis der Länder erweitern kann, dem sie Hilfe bei der Entwicklung einer friedlichen Ausnutzung der Atomenergie leistet."

Im Leitartikel der "Prawda" (von 13.1.55) "Im Namen des Friedens und des Fortschritts der Menschheit" wird festgestellt, dass die sowjetische Führung in der Tat bereit sei, mit allen Mitteln bei der Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke zu helfen.

"Die Sowjetregierung fördert durch konkrete praktische Massnahmen die Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke."

Während sich die regierenden Kreise der USA nur gesprächsweise damit beschäftigten, bereiteten sie in Wirklichkeit einen Atomkrieg vor.

"Unter dem falschen Schild der Verteidigung der westlichen Zivilisation bedrohen sie direkt die Existenz der westeuropäischen Länder mit ihren kleinen Territorien, ihrer dichten Bevölkerung und grossen Industriezentren. Sie setzen dabei

- 45 -

auch das eigene Land einer grossen Gefahr aus."

Das Leitmotiv des o.a. Zitates ist also eine Bedrohung des Westens.

Das Blatt fährt fort:

"Die Mächte des Friedens und des Fortschritts kämpfen dafür, dass die grösste Erfindung des menschlichen Verstandes zum Wohle der Menschheit verwendet wird. Die Mächte des Krieges und der Reaktion wollen die Atomenergie für zerstörarische imperialistische Zwecke ausnützen, um anderen Völkern ihren Willen aufzuwingen."

3) Interview MALENKOWs über Fragen der internationalen Politik und über die Beziehungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten Amerikas

In der "Prawda" vom 1.1.55 (und in anderensowjetischen Zeitungen), werden Antworten MALENKOWs auf einige Fragen von Charles SCHATT, dem Leiter der Tele-News-Gesellschaft in Washington, veröffentlicht. Auf die Frage über die Möglichkeit, den Frieden zwischen den USA und der Sowjetunion aufrecht zu erhalten, sagte MALENKOW, man müsse "von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer friedlichen Ko-Existenz und von einer gegenseitigen Respektierung der Interessen des anderen" ausgehen. Wörtlich fuhr er fort:

"Was die Sowjetunion anbetrifft, so ist sie in Befolgung dieser Prinzipien bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um feste, dauerhafte und friedliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu sichern. Sie will die bestehenden Unstimmigkeiten ausgleichen, wobei sie im Auge hat, dass eine ebensolche Bereitschaft auch von den USA gezeigt wird."

Hinsichtlich einer möglichen Beseitigung der Spannung zwischen der UdSSR und den USA sagte MALENKOW weiter:

"Um die Spannung zwischen der UdSSR und den USA zu beseitigen, ist eine solide Basis für eine erfolgreiche Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit unserer Länder zu schaffen; es ist erforderlich, der Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der der Menschheit unendlich viel Leid und Not gebraucht hat, ein Ende zu bereiten, das Rüstungs-Rennen abzubrechen und mit der Politik aufzuhören, die friedlichen Staaten mit militärischen Stützpunkten zu umgeben."

Zur Frage nach Verhandlungen zwischen den Staatsoberhäuptern der vier Weltmächte meinte er:

"Vonseiten der Vereinigten Staaten, England und Frankreich wird in letzter Zeit alles getan, um Verhandlungen der Staatsoberhäupter der vier Weltmächte auszuschliessen. Wie bekannt, sind die 3 Westmächte bestrebt, auf separatem Wege die wichtigsten internationalen Fragen zu lösen, und in erster Linie Fragen, welche Deutschland betreffen. Ist es nicht klar, dass man nicht solch eine Politik führen und gleichzeitig bei den Völkern die Illusion einer Viermächtekonferenz säen darf?"

4) Die Sowjetpolitik in der Deutschlandfrage

a) Die Note der Sowjetregierung an die Regierung von Frankreich vom 13.1.55 (veröffentlicht in der "Prawda", 14.1.55)

Die Sowjetregierung weist in der Note darauf hin, dass die Pariser Abkommen dem Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 "Über das Verbot der Anwendung von Gaskampf- und bakteriologischen Waffen" widersprechen.

"Die Länder der westeuropäischen militärischen Union treffen Vorbereitungen zu einem chemischen und bakteriologischen Krieg, indem sie Vorräte von chemischen und bakteriologischen Waffen ansammeln und dieselben für die Bewaffnung ihrer Armee verwenden."

Die Note wird durch Beispiele aus Protokoll III des Pariser Abkommens und der Beilage II zu demselben illustriert. In der Note werden die Gefahren eines chemischen und bakteriologischen Krieges, besonders für die europäischen Länder mit ihrer grossen Bevölkerungsdichte hervorgehoben. Diese Gefahr werde noch dadurch vergrössert, dass im Pariser Abkommen eine Ausrüstung des revancheschenden militaristischen Westdeutschlands mit chemischen, bakteriologischen und Atom-Waffen vorgesehen sei.

b) Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage

Der Kulminationspunkt der sowjetischen aussenpolitik in Deutschland und Europa ist die "Erklärung der Sowjetregierung in der Deutschland-Frage" vom 15.1.55, veröffentlicht in der "Prawda" vom 16.1.55.

Es ist erforderlich, die folgenden Hauptmomente dieser Erklärung zu beachten:

1) In der Erklärung wird hervorgghoben, dass die Haltung der Westmächte den internationalen Verpflichtungen, die sie in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf sich genommen haben, widersprechen. Die Erklärung der Sowjetregierung richtet sich an das deutsche Volk. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, dass die Wiedervereinigung und zukünftige Politik durch das deutsche Volk selbst entschieden werden müssen. Vieles hängt dabei von den künftigen Beschlüssen des Bundestages ab.

"Von seiner Entscheidung hängt in vieler Hinsicht die Zukunft Deutschlands ab. Darüber geben sich die bedeutendsten Parteien und die Gewerkschaften Westdeutschlands, die dem Volke und der deutschen Arbeiterklasse näherstehen, und die gegen die Ratifizierung der Pariser Abkommen einschreiten, deutliche Rechenschaft."

2) Es wird festgestellt, dass im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen Verhandlungen der vier Mächte über die Deutschlandfrage sowie die Wiedervereinigung Deutschlands selbst "unmöglich" werden.

"Es ist ganz augenscheinlich, dass eine Vereinigung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik mit der militarisierten und in militärische Gruppierungen hineingezogenen Deutschen Bundesrepublik unmöglich ist. Die Ratifizierung der Pariser Abkommen ist unvereinbar mit der Wiederherstellung Deutschlands als eines einzigen friedliebenden Staates."

Die Note geht dann auf Gerüchte ein, die in Westeuropa verbreitet werden. Diese besagten, dass eine Ratifizierung der Pariser Verträge das Zustandekommen späterer Viermächtekonferenzen keineswegs stören würde. Die Sowjetunion weist diese Gerüchte als "völlig unbegründet" zurück und bezeichnet sie als eine "Irreführung der öffentlichen Meinung".

"Die Sowjetregierung wies schon darauf hin, dass derartige Behauptungen ganz unbegründet sind und dass sie nur dazu beitragen, die öffentliche Meinung irrezuführen."

3) In der Erklärung wird darauf hingewiesen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund von allgemeinen freien Wahlen (im Jahre 1955) möglich ist. falls die Militarisation Westdeutschlands

- 48 -

und die Einbeziehung der Bundesrepublik in militärische Gruppierungen unterbleiben.

- 4) In der Erklärung wird hervorgehoben, dass das durch den Willen des deutschen Volkes vereinigte Deutschland als Grossmacht wiederhergestellt werden muss, um den ihm gebührenden Platz einzuräumen.

"Das deutsche Volk muss im Wege der Durchführung freier allgemeiner Wahlen in ganz Deutschland einschliesslich Berlins die Möglichkeit haben, seinen freien Willen auszusprechen, damit das einige Deutschland als Grossmacht wiederhergestellt wird und einen würdigen Platz unter den anderen Staaten einnimmt."

Ferner soll das vereinigte Deutschland

"eigene nationale Streitkräfte haben, die zur Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands und seiner Grenzen erforderlich sind."

- 5) In der Erklärung wird das Einverständnis der sowjetischen Führung mit der Durchführung der allgemeinen deutschen freien Wahlen unter internationaler Kontrolle ausgesprochen.

"Bei diesen Wahlen müssen die demokratischen Rechte der deutschen Bürger sichergestellt sein. Das Wahlgesetz für diese Wahlen, welches unter Berücksichtigung der Wahlgesetze der DDR und der Deutschen Bundesrepublik vorbereitet werden muss, soll allen Wählern die Freiheit der Willensäußerung und jeder demokratischen Partei und Organisation die Freiheit der Wahlagitation in ganz Deutschland sowie die Freiheit bei der Aufstellung von Kandidaten und Wählerlisten garantieren."

"Um ein Übereinkommen über die Durchführung der erwähnten Wahlen zu erleichtern, hält es die Sowjetregierung für möglich, im Falle des Einverständnisses der DDR und der Deutschen Bundesrepublik sich über die Festsetzung einer internationalen Beobachtung der allgemeinen deutschen Wahlen zu einigen."

- 6) Die Erklärung verlangt, dass alle Fragen der künftigen Staatsordnung des vereinigten Deutschlands vom deutschem Volk selbst entschieden werden müssen.

7) Die Erklärung gibt der Überzeugung Ausdruck, dass sich besonders der Volkswirtschaft des wiedervereinigten Deutschlands gewaltige Perspektiven erschlossen. Sie verweist dabei auf die grossen Absatzmärkte des Ostens und erwähnt neben Osteuropa und der Sowjetunion auch die "Länder Asiens mit ihrer riesigen Bevölkerung und ihrer unerschöpflichen Aufnahmefähigkeit." Eine solche Lage werde die deutsche Volkswirtschaft stärken und besonders der "hochentwickelten deutschen Industrie" zugutekommen, wobei die Vollbeschäftigung des deutschen Volkes gesichert werde.

Die Schlussfolgerungen der Erklärung stellen folgende Grundsätze auf:

A) Die Wiedervereinigung der Einigkeit Deutschlands muss durch Verhandlungen der vier Mächte verwirklicht werden.

"Solche Verhandlungen werden ihren Sinn verlieren und unmöglich werden, wenn die Pariser Abkommen ratifiziert werden."

B) Die Sowjetführung ist bereit, die Beziehungen mit der deutschen Bundesrepublik zu normalisieren. Dies wird zweifellos zu der "Suche nach erfolgreicher Wegen zur Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einigkeit Deutschlands".

beitragen.

C) Im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen wird in Europa eine neue Lage entstehen.

"In diesem Falle wird sich die UdSSR nicht nur um eine weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur DDR bemühen, sondern auch darum, dass durch gemeinsame Anstrengungen der friedliebenden europäischen Länder des Frieden und die Sicherheit in Europa gefestigt werden."

Grosse Aufmerksamkeit ist der Tatsache zuz schenken, dass die sowjetische Führung im Falle einer Remilitarisierung Westdeutschlands, eigene "Bemühungen zur Förderung des Friedens und der Sicherheit in Europa" ankündigt.

c) Erlass des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland ("Prawda", 26.1.55)

"Das Präsidium des Obersten Rates betrachtet es als unnormal, daß,

obgleich seit Beendigung der Kriegshandlungen mit Deutschland

etwa 10 Jahre vergangen sind, Deutschland sich noch immer im Zustand der Spaltung befindet und keinen Friedensvertrag besitzt und das deutsche Volk auch noch immer keine gleichberechtigte Stellung gegenüber den anderen Völkern hat."

Im "Erlass" wird festgestellt, dass die Politik der USA, Englands und Frankreichs "... es nicht gestattet hat, das erforderliche Übereinkommen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedliebender und demokratischer Basis zu erreichen und einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschliessen."

Auf diese Weise die Unmöglichkeit der Erreichung eines Übereinkommens feststellend (wegen der Wesensart der Westpolitik) beendigt die Sowjetunion separat den Zustand des Krieges mit Deutschland.

Der Erlass schliesst folgendermassen:

"Die Meinung der Regierung der DDR in Betracht ziehend und unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung von Ost- als auch von Westdeutschland, erklärt das Präsidium des Obersten Rates mit gegenwärtigen Erlass folgendes:

- 1) Der Kriegszustand zwischen der Sowjetunion und Deutschland wird eingestellt und es werden friedliche Beziehungen hergestellt.
- 2) Alle im Zusammenhang mit dem Krieg entstandenen juristischen Einschränkungen der deutschen Bürger, die als Bürger eines feindlichen Staates betrachtet werden, verlieren ihre Gültigkeit.
- 3) Die Erklärung über die Beendigung des Krieges mit Deutschland ändert nicht dessen internationale Verpflichtungen und berührt auch nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion, die aus den bestehenden internationalen Abkommen der vier Mächte, welche Deutschland als Ganzes betreffen, hervorgehen."

d) Führung der "DDR"

In der "Prawda" vom 16.1.55 erscheint eine Übersicht der Rede von GROTEWOHL, welche offenbar ein sehr aktiven und man kann sagen, sogar aggressiven Charakter trägt.

- 51 -

"Wenn die Pariser Abkommen ratifiziert werden, und eine aggressive westdeutsche Armee in Erscheinung tritt, die für einen Angriff auf die DDR und die Länder des Friedenslagers bestimmt ist, müssen wir eigene Streitkräfte schaffen, welche jeden Angriff abwehren."

In der "Prawda" vom 18.1.55 wird berichtet, dass am 11. Januar GROTEWOHL, ULRICHT und der Stellvertretende Aussenminister HANKE, den "ausserordentlichen, mit Vollmacht ausgestatteten Gesandten der UdSSR, PUSCHKIN" empfangen haben. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass gegenwärtig zwischen der UdSSR und der DDR ein Meinungsaustausch über die "weiteren gegenseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR" stattfindet, was in Verbindung mit der Verstärkung des Kampfes gegen die Ratifizierung der Pariser Abkommen stehe. Später (am 15.1.55) fuhr PUSCHKIN nach Moskau, "um der Sowjetregierung Bericht zu erstatten".

In der "Prawda" vom 22.1.55. ist der Text der "Erklärung des Ministerrates der DDR" veröffentlicht, die das Einverständnis mit den Vorschlägen in der "Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage" ausdrückt.

"Der Ministerrat drückt mit voller Deutlichkeit sein Einverständnis mit dem Vorschlag der Sowjetregierung über die Festsetzung einer internationalen Kontrolle bei der Durchführung der allgemeinen deutschen Wahlen aus. Die Behauptung, dass ein Übereinkommen unmöglich ist, entspricht nicht der Wirklichkeit, da das deutsche Volk die Frage über die Staatsordnung und das Staatssystem des wiedervereinigten Deutschland in voller Freiheit selbst entscheiden muss."

Bei der Analyse der sowjetischen Presse, soweit sie sich mit der DDR und den Beziehungen zwischen Moskau und Pankow befasst, kann man zu folgender Schlussfolgerung gelangen:

Die DDR führt trotz des secheinbaren Einverständnisses mit den Moskauer Vorschlägen eine aktiver Politik durch, als es für die Moskauer Führung und für Warschau und Prag erwünscht ist.

Sie spricht beharrlich über die Schaffung eigener starker Streitkräfte und durchaus nicht über "die Verwirklichung gemeinsamer Massnahmen" zur Schaffung einer kollektiven Verteidigung unter

- 52 -

vereinheitlichtem Kommando, wie das seinerzeit bei den Moskauer Besprechungen in Aussicht genommen wurde.

Die Erklärungen der SED-Führer über Gegenmassnahmen im Falle einer Ratifizierung der Verträge von Paris unterscheiden sich durch ihre Aggressivität sehr von dem zurückhaltenden Ton der sowjetischen Verlautbarungen. (Vergleiche besonders die Schlussfolgerungen der Sowjetterklärung zur Deutschlandfrage!) Selbst wenn man unterstellt, dass Moskau (sich selbst immer zurückhaltend) die DDR-Regierung zwingt, mit dem Säbel zu rasseln, bleibt der Eindruck bestehen, dass die SED-Führung eher an eine Rolle als "Verbündeter" denkt und sich nicht einer Vasallenrolle begnügt. (Allgemein scheinen die Parteiführungen Osteuropas nach einer stärkeren Selbständigkeit zu streben.) Die SED-Führung glaubt sich zur Annahme berechtigt, dass - wenn die Westmächte das Militärpotential der Bundesrepublik benötigen - auch die Sowjetführung in gewissem Sinn auf die DDR angewiesen ist.

- e) Die Stellungnahme der Sowjetpresse zu der Tätigkeit der SPD
Die Beurteilung der SPD und ihrer Führung in der sowjetischen Presse hat während der letzten Monate eine neue Nuance erhalten. Früher wurden die SPD-Führer in der sowjetischen Presse nicht anders als "Verräter der Arbeiterklasse Deutschlands" genannt, die den amerikanischen Kapitalisten und Imperialisten in die Hand spielen. Den Kommunisten Westdeutschlands, der SED und den anderen kommunistischen Organisationen wurde empfohlen, sich an die unteren Kader der SPD zu wenden, um sie dem Einfluss der Parteiführung zu entreißen und zu gemeinsamen Massnahmen heranzuziehen.
In der sowjetischen Presse der letzten Monate wird beinahe mit grosser Ehrfurcht über die SPD (ihre Kader und Führung), als über die bedeutendste Partei Deutschlands gesprochen, die die Interessen der Arbeiter verteidigt und ihnen nahestehet.
In Monat Januar wurden in der "Prawda" (besonders während der 2. Monatshälfte) fast täglich Übersichten und Zitate aus westdeutschen sozialdemokratischen (und der SPD nahestehenden) Zeitungen gebracht.

Aus den wichtigsten Reden des SPD-Vorsitzenden OLENHAUERS wurden umfangreiche Zitate angeführt. Diese Mitteilungen sind im allgemeinen ziemlich objektiv und beschränken sich nur auf einzelne Passagen seiner Reden, die der Politik der sowjetischen Führung zusagen.

Interessant ist die Behandlung einer Rundfunkrede OLENHAUERS, die in der "Prawda" vom 27.1.55 erschien. In dem Artikel wird besonders der SPD-Standpunkt zur Möglichkeit freier gesamtdeutscher Wahlen hervorgehoben.

"Ollenhauer sagte, dass die Sowjetunion in ihrer Erklärung vom 15.1. einige wichtige Vorschläge gemacht habe, die sorgfältig untersucht werden müssen.

Ollenhauer bemerkte, dass entgegen den Behauptungen des Bundeskanzlers die Sowjetregierung in ihrer Erklärung nicht das Wahlsystem der Ostzone verlangt. Sie habe den Vorschlag gemacht, Verhandlungen über das Wahlgesetz durchzuführen und dabei die wichtigsten Prinzipien des Wahlgesetzes klar zu erläutern.

Ollenhauer sagte, dass man bereit sein müsse, im Laufe von ernsthaften Verhandlungen festzustellen, ob jetzt eine annehmbare Basis zur Erreichung einer freien und demokratischen Regelung vorhanden ist."

Die Betonung eben dieses Teiles der Rede deutet darauf hin, dass die sowjetische Führung anscheinend tatsächlich zu bedeutenden Konzessionen bei der Organisierung und Durchführung freier Wahlen bereit ist.

Die sowjetische Agentur TASS brachte auch einen Bericht ("Prawda" 16.1.55) über den "Führer der SPD, der sich zurzeit in Norwegen befindet". Darin heißt es:

"Das Ziel der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems, das auch die UdSSR und USA anerkennen können. Auf der Basis eines solchen Sicherheitssystems, das mit den UN verbunden ist, ist die Wiedervereinigung Deutschlands durchzuführen."

5) Die sowjetische Skandinavien-Politik

Die sowjetische Führung versucht mit allen erreichbaren Mitteln,

Austritt Norwegens, Dänemarks und Islands aus dem Nord-Atlantischen Verteidigungspakt zu erreichen. Während der letzten Monate versuchte die sowjetische Führung ohne besonderen Erfolg, die Regierung Finnlands zu einem Anschluss an den Ostblock zu bewegen. Nunmehr sollen politische Kreise Finnlands, die der Sowjetunion loyal gesinnt sind, auf die öffentliche Meinung der skandinavischen Länder einwirken. Allein auch diese Versuche sind bis jetzt nicht besonders erfolgreich.

Die "Prawda" vom 15.1.55 berichtete über die Auszeichnung des finnischen Gelehrten Felix IVERSEN mit dem internationalen Stalinpreis.

Der Sowjetschriftsteller FADEJEW forderte IVERSEN während einer festlichen Sitzung in Moskau ohne alle Umstände dazu auf, sich in diesem Sinne an die Völker von Norwegen, Dänemark und Island zu wenden.

"Wir müssen die Defreiung des Nordens vom schändlichen Joch des Atlantik-Paktes fordern."

Jedoch hat IVERSEN die sowjetischen Erwartungen nicht gerechtfertigt. Er betonte, dass er zwar "ein Pazifist", gleichzeitig jedoch ein "Säer" von Ideen sei, auf keinen Fall aber eine politische Persönlichkeit oder ein öffentlicher Funktionär. Er diene der "Idee der Ablehnung jedweder bewaffneten Macht". Nicht ein Wort liess er über die Absicht verlauten, sich mit einem politischen Appell an die Völker Skandinaviens zu wenden.

6) Asiatisch-Afrikanische Separat-Politik

Auf Initiative der Indischen Regierung und der Kommunistischen Führung Chinas ist im April dieses Jahres in Bandung eine Konferenz der Vertreter von 30 unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas vorgesehen. Es wurde auch eine Einladung an die neue Regierung von Japan gesandt. Der japanische Minister für auswärtige Angelegenheiten Shigenitsu erklärte dazu, die "Regierung Japans sei diesem Vorschlag wohlgesinnt". (Nach einer Mitteilung der "Prawda" vom 10.1.55)

Es ist völlig klar, dass diese Konferenz eine antiwestliche (oder genauer gesagt) eine anti-amerikanische Färbung haben wird.

Der bedeutende amerikanische Journalist LIPPMANN bemerkte in

- 55 -

nicht als Richter, sondern als Angeklagte gewertet werden."
(Nach einer Mitteilung der "Prawda" vom 15.1.55)

Diese Konferenz wird nicht auf Initiative Moskaus durchgeführt. Ihre Durchführung wird vielmehr das Prestige des kommunistischen Chinas erhöhen, das sich dabei auf die Autorität Indiens stützt. Gestärkt durch die nichtkommunistischen Staaten Asiens und Afrikas wird das China noch selbständiger machen. Die Durchführung dieser Konferenz ist eine Expansion Pekings in der Weltpolitik. In welcher Form die Sowjetunion an dieser Konferenz teilnimmt, ist vorläufig nicht klar. Es ist sehr wohl möglich, dasszu dieser Konferenz die "selbständigen" asiatischen Sowjetrepubliken: Usbekistan, Tadschikistan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgisien und die Satellitenregierung der Äusseren Mongolei eingeladen werden, was kaum in die politischen Berechnungen der sowjetischen Führung passen dürfte.

7) Beziehungen der Sowjetunion zu Japan

Nach der Forderung MOLOTOWS auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan, ist die sowjetische Außenpolitik im Fernen Osten darauf gerichtet, Japan zu einer möglichst engen Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union heranzuziehen und dadurch den dortigen Einfluss der USA zu verringern.

Auch in dieser Hinsicht besteht eine gewisse Rivalität Moskaus und Pekings.

Die sowjetische Presse verfolgt aufmerksam die Haltung der Japanischen Regierung, soweit sie die Normalisierung der Beziehungen Japans zur Sowjetregierung betrifft.

Nach den Kommentaren der sowjetischen Presse kann man vermuten, dass Premier-Minister HATOJAMA die schnelle Normalisierung dieser Beziehungen betreibt, während sich der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Shigemitsu, dieser Frage gegenüber etwas vorsichtiger verhält. Er bemüht sich, die Beziehungen Japans mit den USA nicht durch einen solchen Schritt zu verderben.

8) UdSSR- China

In der "Prawda" vom 18.1.55 ist ein "Commissaire über die Session

veröffentlicht worden.

Laut dem Sessions-Protokoll überträgt die Sowjetunion unentgeltlich an China: Die Projekt-technische Dokumentation über den Bau von metallurgischen und Maschinenbau-Werken, von Elektro-Stationen und anderen Industrie-Unternehmen; arbeitszeichnungen für die Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen; technologische Dokumentation zur Herstellung verschiedener industrieller Produkte.

China überträgt unentgeltlich an die UdSSR: Beschreibung der Technologie und Muster von Erzeugnissen der Leicht- (besonders der pharmazeutischen) Industrie und der lokalen Gewerbe; Muster von subtropischen landwirtschaftlichen Kulturen (Zitrus-, Getreide-, Gemüse-Kulturen u.a.)

Den sowjetischen Fachleuten wird die Möglichkeit gegeben, mit den Arbeitserfahrungen chinesischer Volkswirtschaftszweige vertraut zu werden.

Die "Prawda" vom 2.1.55 enthält einen Artikel des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, WOROSCHILOW, "Auf dem ruhmreichen Wege des Sozialismus".

Das wichtigste Drittel dieses Artikels wurde China gewidmet und soll der Bevölkerung der Sowjetunion und hauptsächlich dem westlichen Ausland beweisen, dass China im Falle eines bewaffneten Konfliktes in Europa auf der Seite der Sowjetunion teilnehmen wird. Der Name WOROSCHILOW soll dabei dieser Darstellung Nachdruck verleihen.

"Mit Befriedigung und Freude empfingen die Völker der Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie die Erklärung des Vertreters des Grossen Chinas darüber, dass das chinesische Volk mit allen Kräften den Kampf für die Erhaltung des Friedens in Europa unterstützen wird."

"Das Bewusstsein, dass das Chinesische Volk kein teilnahmsloser Beobachter der europäischen Ereignisse sein wird, pflanzt in die Herzen der freien Völker eine noch grössere Zuversicht auf den Sieg unserer gerechten Sache."

Der Artikel kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bis jetzt von der chinesischen Führung in dieser Richtung noch keine verbindliche Erklärung gegeben wurde.

25X1

Page Denied